

DKP-Informationen

Nr. 6/2018 - 23. August 2018

3. Tagung des Parteivorstandes 18./19. August 2018 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

3. Tagung des Parteivorstandes 18./19. August 2018, Essen

Inhalt

- Referat zur Marxistischen Theorie- und Bildungsarbeit der DKP
- Beschlüsse

Tagesordnung

1. Beschlusskontrolle
2. Referat zur Marxistischen Theorie- und Bildungsarbeit der DKP
Referent: Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
3. Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“
4. Herangehen der DKP an die EU-Wahlen
5. Diskussion zur Sammlungsbewegung „aufstehen“
6. 20. UZ-Pressfest
7. Weitere Beschlussfassungen
8. Schlusswort

3. Tagung des Parteivorstandes 18./19. August 2018, Essen

Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

„Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Partei.“ Was heißt das für unsere Bildungsarbeit?

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

trotz offizieller politischer Sommerpause liegen ereignisreiche Wochen hinter uns. Sie zeugen von einem widersprüchlichen, teilweise qualitativen Wandel in der objektiven Lage und subjektiven Befindlichkeit in unserem Land. Darin werden die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Vergangem, Gegenwärtigem und Zukünftigem erkennbar. Nichts was geschieht und geschah, ereignete sich ohne Vorgeschichte und ist ohne Bedeutung für die Zukunft.

Dass ein junger Kommunist, der Anfang Juni in Nürnberg gegen den Parteitag der ja angeblich bis in die Regierungsparteien als undemokratisch und rassistisch beurteilten AfD teilgenommen hatte, wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und einer angeblichen Tötlichkeit gegen Polizisten vor Gericht gezerrt werden soll, das haben ja sicherlich auch einige andere unter uns am eigenen Leibe erlebt. Das gehört ja irgendwie zum Alltag von Antifaschisten und Kommunisten in dieser „wunderbaren“ Demokratie des Kapitals.

Aber dass diesem Antifaschisten und Kommunisten deshalb von Staats wegen der Umgang mit dem eignen Kind untersagt wird, weil er jetzt auf der „Gefährder-Liste“ steht, das kannte man eigentlich nur aus der Zeit des Faschismus oder der Zeit der Illegalität der KPD nach 1956. Damals wurde Genossinnen und Genossen, die auf Grund ihrer Arbeit für die illegalisierte Partei wegen „Hochverrates“ und „Geheimbündelei“ zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt wurden, auch schon das eine oder andere Mal der Zu- und Umgang mit ihren Kindern verwehrt.

Im Unterschied zu damals braucht es heute aber gar keine Verurteilung mehr. Eines der quasi „allerheiligsten“ Grund- und Menschenrechte, dass nämlich die Eltern für ihre Kinder das Sorgerecht haben, was ihnen niemand einfach nehmen darf, wird heute außer Kraft gesetzt – ohne Prozess, ohne Urteil, nur auf der Grundlage einer Verdächtigung und Bezeichnung, eine „staatsgefährdende Person“ zu sein. Möglich macht dies das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz – PAG –, gegen das in den letzten Monaten zehntausende Menschen in

dem von „Gott besonders auserkorenen Land der Bayern“ protestiert hatten.

Die schlimmsten Befürchtungen werden nur wenige Tage nach Inkrafttreten dieses so höchst umstrittenen PAG Wirklichkeit.

Wir protestieren als Parteivorstand auf das Schärfste gegen diesen Bruch der vom Grundgesetz und von der bayerischen Landesverfassung garantierten Grund- und Menschenrechte, von dem unser Genosse Claudio aus Nürnberg exemplarisch und als erster betroffen wurde.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens und den freien Zugang zu seinem Kind.

Die Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat wird auch durch ähnliche Polizeigesetze in anderen Bundesländern forciert. Dagegen ist der Widerstand von allen demokratischen Menschen nötig, nicht nur von denen, die sich an das Wort des antifaschistischen protestantischen Theologen Martin Niemöller erinnern.

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Wenn wir uns jetzt nicht alle zusammen wehren, wer soll es dann tun, wenn die diktatorischen und reaktionären Tendenzen in diesem Land nicht jetzt von uns gestoppt werden?

Deshalb sagen und fordern wir:
Weg mit dem PAG!
Solidarität mit Claudio!
Freien Zugang von Claudio zu seinem Kind.

Dazu gehört aber auch die offene Willkür bei der Abschiebung des angeblichen „Gefährders“ Sami A., der entgegen einer gerichtlichen Anordnung

nach Tunesien ausgeliefert wurde. Der zuständige NRW-Innenminister toppte nachträglich noch diesen Rechtsbruch, indem er die Richter des OVG Münster dazu aufforderte, sich doch bei ihren Urteilen „mehr nach dem Rechtsempfinden der Bevölkerung“ zu richten.

Wo liegt da der Unterschied zu dem systematischen Justizmissbrauch und der Willkür der Nazis, die sich bei ihren Verbrechen und in ihrem Terror ständig auf das „gesunde Volksempfinden“ beriefen?

Liebe Genossinnen und Genossen,

die DKP ist Teil der Solidaritätsbewegung für das streikende Klinikpersonal in Essen und – mit einigen Abstrichen – auch in Düsseldorf. Die Berichterstattung der UZ informiert intensiv über die Kämpfe und wird auch in der Belegschaft wahrgenommen.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, der die Solidarität seiner eher kleinen als großen Organisation bekundete, und den Streikenden Verzehrbonbons im Werte von 250 Euro für das UZ-Pressefest brachte, bekam großen Applaus im Steikzelt – ebenso wie ein älteres Kommunistenpaar, das mit einem großen Korb selbst angebauter und gepflückter Weintrauben die Streikenden überraschte.

Das zeigt, dass auch eine nicht so wahnsinnig große Partei effektive und notwendige Solidarität organisieren kann. Dass sie eine praktische Unterstützung bieten kann, die von den Streikenden gebraucht und honoriert wird. Materielle und finanzielle Hilfen sind nicht nur eine wichtige moralische Hilfe, sie werden real benötigt.

Wir rufen deshalb alle Parteigliederungen auf: Organisiert ebenfalls Solidarität, sei es in Form von Spenden für die Streikkassen, sei es in Form von Solidaritätserklärungen oder Besuchen bei den Streikenden. Kauft und verkauft die Soli-Buttons der streikenden Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine wichtige Aufgabe, ein wichtiges Zeichen einer Partei der Arbeiterklasse, die nicht nur von Solidarität und Klassenkampf redet, sondern diesen führt und unterstützt.

Natürlich hoffen wir, die Streikenden auf unserem Pressefest begrüßen zu können.

Bemerkungen über die Aktualität der Dialektik

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nichts was heute die Schlagzeilen und Gemüter bestimmt, ist ohne Reflexion seiner künftigen

Folgen richtig zu beurteilen.

Sprechen und denken wir deshalb nach über die Dialektik, die Entwicklung der Widersprüche als „Movens“, als Motor, der Geschichte und des Klassenkampfes.

Stellen wir uns einen zeitreisenden Deutschen vor, der sich am 19. 3.1990 – einen Tag nach der letzten Wahl zur Volkskammer der noch bestehenden DDR – ins Jahr 2018 katapultiert hat, genauer gesagt zum 30. Juni 2018.

Stellen wir uns vor, der Zeitreisende hätte dann die SPIEGEL-Ausgabe vom 30. Juni in die Hand bekommen und er hätte die Titelseite gelesen:

„Es war einmal ein starkes Land.“

Der Zeitreisende würde dem Zeitungsverkäufer wahrscheinlich sagen:

„So stark war die DDR doch gar nicht; es reichte doch nur zu Platz 10 auf der Liste der hochentwickelten Industrieländer.“

Der Verkäufer würde dann wohl entgegen müssen:

„Mag ja sein. Aber gemeint ist doch gar nicht die DDR. Es geht doch um das ‚wiedervereinigte Deutschland‘.“

Wie würde der Zeitreisende aus dem Jahr 1989 dann über dieses Land denken, dem damals zwar nicht grade die biblische Zukunft eines „Landes, in dem Milch und Honig fließen“ verheißen worden war, dem aber immerhin doch „blühende Landschaften“ versprochen wurden? Vermutlich würde er den Schalter für seine Zeitmaschine sofort wieder auf „Reset“ drücken, um dieser gruseligen Zukunftsvision zu entfliehen.

Glaubt man dem „SPIEGEL“ und/oder Zeitungen wie „Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, durchlebt die BR Deutschland eine geradezu historische Zäsur.

Der Slogan „Es war einmal ein starkes Land“ – das war nicht nur der Haupttenor des „SPIEGEL“. Neben der zerbrochenen Legende, dass Deutschlands Fußballer eigentlich „immer“ gewinnen, ist auch der Mythos von der „deutschen Ingenieurskunst“ und der deutschen Automobilindustrie als Leitindustrie und Exportmarke Nr. 1, ist die Story vom „Exportweltmeister“ im Gestank der Lügen und kriminellen Machenschaften rund um VW, Mercedes, BMW und Audi – im „Diesel-Gate“ zerplatzt.

Und nicht nur im Bereich der Ökonomie wanken oder zerbrechen Mythen und Legenden. Genauso geplatzt ist der Mythos vom „Klimapolitik-Vorreiter Deutschland.“

Ich meine nicht, dass wir in diesen Untergangskanon einstimmen sollten. Aber mir fällt in diesem Zusammenhang ein Gedicht des österreichisch-britischen Dichters Erich Fried aus dem Jahr 1977 ein.

Sein Titel lautet „Große Bereinigung“ und es geht so:

„Große Bereinigung“

„Die Ursachen
kämpfen jetzt
gegen ihre Folgen

daß sie keiner mehr
für die Folgen
verantwortlich machen darf

denn auch
das Verantwortlichmachen
gehört zu den Folgen

und Folgen werden verboten
und verfolgt
von den Ursachen selbst

Die wollen
von solchen Folgen
nichts mehr wissen

Wer sieht
wie eifrig sie
hinter den Folgen her sind

und immer noch sagt
sie stehen
in enger Verbindung mit ihnen

der wird nur sich selbst
die Folgen
zuschreiben müssen“

Ich will jetzt keine Gedichtinterpretation vornehmen. Darin war ich schon als Schüler eher schlecht als gut.

Aber was beschreibt Erich Fried, der emigrierte Antifaschist und Sozialist; denn anderes als das, was Marxisten und Leninisten als den „Motor der Geschichte“ verstehen, nämlich die Wirkung der materialistischen Dialektik und die Gesetzmäßigkeiten der „Lehre vom Widerspruch“?

So lautet im übrigen ein wirklich bedeutsamer Artikel von Mao Tse-Tung, der einst Gegenstand in meiner Philosophie-Prüfung gewesen war. In grauen Vorzeiten hatte auch das theoretische Organ der KPD, „Unser Weg“, die Herausgabe der „Ausgewählten Schriften“ von Mao in Deutsch, in denen dieser von mir erwähnte Artikel „Über den Widerspruch“ im Band I enthalten ist, so

beworben:

„Die Ausgewählten Schriften des bewährten Führers der chinesischen Revolution werden in der deutschen Arbeiterklasse und bei allen fortschrittlichen Menschen großes Interesse finden. ... Die klassischen Schriften Mao Tse-tungs dürfen in dem Bücherschrank eines fortschrittlichen Arbeiters nicht fehlen.“ (Unser Weg, Heft 7/1956)

Nun ja, gewiss würden wir das heute sehr viel diskreter formulieren. Aber diese alte Empfehlung unsres damaligen Theorie-Organs sei hiermit weitergegeben.

Soweit eine letzte Schleife bei meiner *Annäherung* an das Thema „Aufgaben der marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit der DKP.“

Ich gehe über zum nächsten Abschnitt.

Teil A. Materialistische Dialektik und ihre Anwendung auf die heutige Politik

Bevor ich zu den Aufgaben im Bereich der marxistischen Theorie und Bildung im engeren Sinne und zu unserem Arbeitsplan komme, der Euch bereits zugestellt worden ist, will ich auf einige weitere wichtige aktuelle Ereignisse eingehen.

Dabei versuche ich das Typische und das für das marxistisch-leninistische Politik- und Geschichtsverständnis entscheidende methodologische Prinzip herauszustellen. Es geht mir nicht um die Aufzählung und bloße Kommentierung von Aktualitäten, die morgen keine mehr sind.

Ich verweise dabei auf einen ersten grundsätzlichen Gedanken: Politik und Geschichte werden vorwärts-getrieben durch das Aufeinanderprallen von antagonistischen und nichtantagonistischen Widersprüchen und durch das wechselseitige Aufeinandereinwirken der unterschiedlichen Arten von Widersprüchen.

Die letzten Wochen und Monate waren ein Beleg für die unverzichtbaren Kenntnisse und Anwendung dieser Gesetze der materialistischen Dialektik und des historischen Materialismus. Insbesondere; wenn es um so einschneidende außen- wie innenpolitische Weichenstellungen geht, wie wir sie derzeit erleben, geht es um die Unterscheidung von zufälligen und notwendigen Prozessen, von bewussten und unbewussten, von objektiven und subjektiven Bedingungen, von Ursachen und Folgen, und zwar in ihrer Wechselwirkung.

Und damit sind wir auch schon bei einer

allerersten Lehre für unsere marxistische Bildungsarbeit angekommen: wir brauchen die Wiedergewinnung und Vertiefung von theoretischem Grundlagenwissen des historischen und dialektischen Materialismus, und zwar in einer für alle Bezirke, Kreise und Gruppen möglichst abgestimmten und koordinierten Form, wenn wir mit den oftmals so vertrackten und komplexen politischen Entwicklungen geistig und ideologisch Schritt halten wollen. Dazu reichen nicht selbstgestrickte eigene Kursangebote, so wichtig sie auch im Einzelnen sein mögen.

Nachdem wir unseren Charakter als einer marxistisch-leninistischen Partei auf den beiden letzten Parteitagungen bekräftigt haben, brauchen wir jetzt eine Verständigung darüber, was deren theoretische Grundlagen sind und was denn „marxistisch-leninistische Partei“ inhaltlich heißt.

Dazu haben wir in diesem und im kommenden Studiensemester an unserer Parteischule, der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, laut Beschluss des Parteitages den neugestalteten „Grundlagenkurs“ eingerichtet. Er basiert auf den Klassikern des Marxismus-Leninismus und auf den Erfahrungen des Grundlagenstudiums in der DDR. Die Resonanz, die wir beim ersten Durchgang darauf gefunden haben, stimmt uns sehr hoffnungsvoll, dass wir auch im Folgekurs im November ein sehr brauchbares Material und Konzept dafür anbieten.

Lasst mich die Bedeutung dieser gemeinsamen marxistisch-leninistischen Grundlagenschulung an einigen aktuellen Beispielen erläutern.

Damit komme ich zugleich zu einem zweiten unverzichtbaren Grundsatz der materialistischen Dialektik. Die Rolle des subjektiven Faktors und seiner Wirkung und seinem Zusammenspiel mit den objektiven, materiellen Bedingungen, von denen im ersten Grundsatz schon die Rede war.

Über die Verläufe von Krisen, Klassenauseinandersetzungen und Revolutionen entscheiden *Menschen* und sie führen diese auch durch – oder aber auch nicht. Revolutionen kommen bekanntlich nicht über Nacht. Bevor aus einem „Funken ein Steppenbrand“ entstehen kann, muss dafür auch der geistige Nährboden vorbereitet sein, damit ein Funke auch auf das richtige Brennmaterial einwirken kann und nicht einfach schnell verglüht.

Das galt auch für die deutsche Novemberrevolution 1918, an deren Anfängen zunächst nur die Unzufriedenheit der Matrosen über das schlechte Essen und die Schikanen der Offiziere stand. Aus Essenausschüssen wurden dann Arbeiter- und Soldatenräte und es ent-

wickelte sich eine Dynamik, die zum Sturz des alten Regimes und zum Ende des Krieges führte.

Voraussetzung war aber, dass auch die objektiven Ursachen für den Fortgang der revolutionären Entwicklung gegeben waren. Die Verursacher oder die Ursachen dieser revolutionären oder auch prä-revolutionären Entwicklungen – Im Guten oder im Schlechten – waren und sind nicht die subjektiven Qualitäten von irgendwelchen „Alpha-Männern“ oder „Alpha-Frauen“ (weder von Kaiser Wilhelm II, noch von Zar Nikolaus II, weder von W. I. Lenin noch von J. W. Stalin oder von K. Liebknecht und R. Luxemburg).

Dass sich unsere politischen Groß-, Urgroßmütter und Urgroßväter, die Bolschewiki und die Gründergeneration der Kommunistischen Partei in Deutschland, in der Oktoberrevolution von 1917 und der deutschen Novemberrevolution von 1918 Feudalismus und Kapitalismus (zumindest in Russland) vom Leibe schaffen konnten, hatte nicht in erster Linie mit den damaligen wichtigen politischen Figuren auf beiden Seiten der Barrikaden zu tun. Und auch heute sind es nicht die besonderen Charaktereigenschaften von Donald Trump oder Wladimir Putin (und schon gar nicht die spezifischen Befindlichkeiten von A. Merkel oder H. Seehofer), die uns erklären können, warum und mit welchen Methoden die aktuellen Konflikte und Widersprüche ausgetragen werden.

Wie sagte K. Marx in seinem „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie“?

„In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder in philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. ... ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktions-verhältnissen erklären.“ (MEW 13, S.9)

Ja, wir stecken in einer solchen „Umwälzungsepoche“, von der Marx spricht. Das ist die objektive Grundlage für unsere antimonopolistisch-sozialistische Strategie. Diese Umwälzungsepoche haben wir in unserem Leitantrag des 22. Parteitages zu analysieren versucht.

Auf der Grundlage der objektiven Bedingungen bewirkt das Vorhandensein – oder das Fehlen – eines entsprechenden „subjektiven Faktors“ den Fortschritt oder die Stagnation im Klassen-kampf. Nur in der dialektischen Einheit dieser beiden Seiten des Widerspruchs löst sich der geschichtliche Knoten und wird die historische Stagnation überwunden.

Wir wissen, dass historische und soziale Gesetze sich von Naturgesetzen dadurch unterscheiden, dass dies von den handelnden Subjekten beeinflusst und überhaupt zum Funktionieren gebrachte „Gesetze“ sind. Darauf verweist bereits der alte F. Engels in den sog. „Altersbriefen“ zum historischen Materialismus. Insbesondere in seinem Brief an J. Bloch aus dem Jahre 1890:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. ... Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus ... üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades. ...

Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, ... es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante – das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann.“

(F. Engels an Joseph Bloch
21./22.9.1890, in MEW Band 37, S. 464)

Ich erinnere nun an einen dritten fundamentalen Grundsatz der materialistischen Dialektik: den Widerspruch und die Einheit des Einzelnen und Allgemeinen, der in diesem gewählten Beispiel auch eine vierte Dimension, die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, einschließt.

Ich denke dabei vor allem an eine bei uns zu wenig bekannte Einschätzung Lenins über die besondere Schwierigkeit der Entwicklung von sozialistischen Revolutionen und Umbrüchen in Europa, die er anlässlich des irischen Osteraufstandes im Jahre 1916 formuliert hatte.

Er richtete sich damals gegen „linke“ Kritiker in den eigenen Reihen, die darin eine Art kleinbürgerlichen und von Nationalisten gesteuerten Putsch sahen. Lenin wies dies scharf zurück und machte eine für die kommunistische Strategie in Westeuropa ganz bedeutsame Aussage, in der die Dialektik und der Widerspruch zwischen Ursachen und Folgen, die Bedeutung des Einzelnen in der Beziehung zum Allgemeinen, das Verhältnis zwischen Spontaneität der Massen und der notwendigen Bewusstheit einer proletarisch geführten Avantgarde glänzend dargelegt wurde.

Diese Passage lautet so:

„ ... zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ... ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt der sozialen Revolution entsagen. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Sozialismus‘, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Imperialismus‘, und das wird dann die soziale Revolution sein! Nur unter einem solchen lächerlich-pedantischen Gesichtspunkt war es denkbar, den irischen Aufstand einen ‚Putsch‘ zu schimpfen.

Wer eine ‚reine‘ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten *ein* Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution. ...

Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. ...

Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern.“

(W.I. Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung in Werke Band 22, S. 363f)

Wir haben im Leitantrag unseres letzten Parteitagés die großen, aber auch die konkreten Linien eines „Übergangskapitalismus“ herausgearbeitet, der an seinen eigenen inneren Widersprüchen sehr, sehr schwer erkrankt ist, der aber nicht von allein seinen wohlverdienten letzten Seufzer von sich geben wird. Wir haben gesagt, dass es dafür

nicht eine Lösungsstrategie oder ein Heilmittel geben kann, das die früheren Reformisten mit der Rolle des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“ entgegen der revolutionären Orientierungen des „Kommunistischen Manifestes“ oder des „Erfurter Programms“ der SPD um- und neudefiniert hatten.

Unsere Diagnose geht von der brutal klingenden Befundstellung für dieses System aus, die wir als Wahl zwischen „Sozialismus oder Barbarei“ charakterisiert haben. Das ist so leicht daher gesagt und diese Formel sagt und schreibt man vielleicht im Überschwang zuweilen auch eher mechanisch hin. Das verbietet aber die reale Entwicklung immer mehr.

Dazu nur drei aktuelle miteinander verwobene Gruppen von Widersprüchen.

Die Gefahr der „Barbarei“ und die Dialektik

Erstens – und Ihr wundert Euch vielleicht, dass ich ausgerechnet damit beginne, weil das vielleicht in einer Woche schon wieder passé zu sein scheint.

Wir erlebten auf der einen Seite eine nicht zuletzt von der kapitalistischen Produktionsweise verursachte extreme Hitzeperiode, die alle Werte seit Beginn der Wetteraufzeichnung übertraf, und die den Nordosten und Osten Deutschlands großflächig in eine Dürrelandschaft und Art Savanne verwandelte.

Wir erleben Bauern, die aus dem Kreislauf der Folgen der großkapitalistischen Agrarindustrie, der Massentierhaltung und Überproduktion, der Vergiftung und Überdüngung großer Landstriche mit krebserregenden Pestiziden wie dem Bayer-Monsanto-Produkt Glyphosat und der Hitzeperiode nicht herausfinden.

Wir erleben, wie sich unsere Städte in Glutöfen verwandeln, wie z.B. die Stadt Freiburg klimatechnisch betrachtet ans Mittelmeer gerutscht ist, und auf der anderen Seite sehen wir Städte und Gemeinden, die aus Finanznot über 140 Freibäder nicht mehr finanzieren können oder wollen.

Das klingt alles sehr banal, so wie bei BILD und Co.– ich weiß. Und man kann fragen: „Was hat das mit marxistisch-leninistischer Theorie zu tun?“

Nun, der Widerspruch zwischen den mittlerweile aufgegeben deutschen Klimazielen und der katastrophalen Hitze- und Dürreperiode ist so gewaltig, dass jetzt beim nun wahrlich nicht bahnbrechenden „Deutschen Städtetag“ von einer neuen Herausforderung für die künftige Städteplanung gesprochen wird. War dort bis vor nicht allzu langer Zeit das Thema der „autogerechten Stadt“ die Generallinie für die Stadtplanung, so beginnt nun ein Umdenken in Richtung einer

sogenannten „klimagerechten“ Stadt.

In ihr sollen die vorprogrammierten Wetterextreme durch „mehr Grün“, mehr Frischluftschneisen, mehr Wasserläufe und freie Plätze, aber auch durch mehr Schwimm- und Abkühlungsmöglichkeiten irgendwie abgepuffert werden.

„Besser als nichts“, könnte man sagen. Doch was helfen Kopfschmerztabletten bei Krebs? Kann man dabei stehen bleiben? Natürlich nicht.

In dem stinkkonservativen Bonner „Generalanzeiger“ kam in dieser Woche auf einer Doppelseite der US-Ökonom Jeffrey D. Sachs, Direktor des Earth Institutes in New York und gleichzeitig Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die sog. „UN-Millennium-Entwicklungsziele“ zu Wort.

Er erklärte, dass eine „Bande von Wissenschaftsleugnern und Umweltverschmutzern“ die Menschheit in die Irre führe. Alle Warnsignale des künstlich beschleunigten Klimawandels würden ignoriert.

„Der Hauptgrund ist, dass unsere politischen Institutionen und die Großkonzerne die zunehmenden Gefahren und Schäden vorsätzlich ignorieren.“

Den Großkonzernen gehe es um die „Maximierung des Shareholder Value“, der Aktiengewinne, „nicht darum, die Wahrheit zu sagen oder es zu vermeiden, dem Planeten großen Schaden zuzufügen. Gewinnstrebende Investoren sind Eigentümer der wichtigen Medien oder üben durch ihre Anzeigenkäufe einen Einfluss auf diese aus. Daher erhält eine kleine, aber sehr mächtige Gruppe das auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesystem weiter aufrecht und setzt dabei den Rest der Menschheit wachsenden Gefahren heute und in der Zukunft aus. ...

Trump hat die US-Regierung mit Lobbyisten aus der Industrie besetzt, die jede Umweltschutzbestimmung systematisch zerschlagen.“ (Generalanzeiger Bonn, 13.08.18, S. 10f)

Ich erinnere daran; dass wir auf dem Parteitag in den Entwurf des Leitantrages extra noch einen Teil zur Ökologie eingefügt hatten, in dem wir aus materialistischer Sicht zu den systembedingten Ursachen des beschleunigten Klimawandels argumentieren. Wir haben dazu Forderungen entwickelt, die durch die Entwicklungen dieses extremen Sommerwetters nur bestätigt wurden. Aber arbeiten wir überhaupt noch mit dem Leitantrag?

Ich frage mich wieder, warum er nicht in gedruckter Form vorliegt, damit wir überhaupt damit

öffentlich arbeiten können.

Wir erlebten einen zweiten großen Widerspruchskomplex:

Deutlich wurde in den letzten Wochen insgesamt der Widerspruch zwischen dem Image des „weltoffenen, multikulturellen und (angeblich) vorbildhaft demokratischen Deutschland“ und dem von Nationalismus und Rassismus geprägten Gezerre um Spieler der deutschen Fußballmannschaft und der Auseinandersetzung über die Flüchtlings- und Immigrationsfrage. Dieses Spektakel wurde nur noch durch die Intrige zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem Innenminister über den Umgang mit Flüchtlingen und Einwanderern getoppt. Aus einer Parteienkrise wurde eine veritable Staatskrise, die nur mühsam angehalten wurde.

Offengelegt wurde erneut der für den Kapitalismus so typische Mechanismus der industriellen Reservearmee und Einwanderungspolitik, bei dem es nur um die Nützlichkeit der Ware Arbeitskraft für den kapitalistischen Produktions- und Dienstleistungs- und Vergnügungssektor geht.

Zum Glück war bislang das Spiel mit der erhofften Trumpfkarte der „Überfremdung“ und der Bedrohung durch „die Einwanderung in unser Sozialsystem“ wahlpolitisch ein echtes „Eigentor“ für die Seehofer und Co. So schlecht standen die in der politischen Kloake fischenden „Christ-Sozialen“ vor Wahlen noch nie da. Nur noch 37 Prozent der bayrischen Wahlberechtigten denken in Bayern laut letztem „ZDF-Deutschlandbarometer“ daran, die Seehofer-Söder-Partei zu wählen. Und bei der sog. „ZDF-Sonntagsfrage“ vom 10. August erreichten die beiden Unionsparteien zwar unverändert 31 Prozent, doch sie gewannen trotz aller rechtspopulistischen und nationalistischen Rhetorik nichts dazu. Ihr engster Partner, die SPD, fiel sogar auf nur noch 18 Prozent zurück und in Bayern erreicht die SPD sogar nur noch 12 Prozent.

„Gewinner“ im Wettlauf um das rechte und ultrarechte Wählerpotential blieb bislang das Original, die AfD. Und das trotz einer beeindruckenden großen Protestdemonstration in München, an der trotz hochsommerlichen Wetters über 40.000 Menschen teilgenommen hatten, denen aus den unterschiedlichsten Gründen diese Hetze zuwider war. Die Union trug dazu bei, die AfD-Politik hoffähig zu machen und hilft sogar mit ihrer rassistischen Kampagne, die asozialen Renten- und Steuerpläne der AfD in den Hintergrund zu schieben.

Wie lässt sich dieses Knäuel aus Widersprüchen aus ausländerfeindlichen Ressentiments und

zum Teil von durchaus berechtigten Sorgen um soziale Benachteiligung auflösen? Wie kommen wir als DKP und überhaupt als Arbeiterbewegung aus diesem Widerspruch heraus?

Wir müssen uns, nachdem wir uns vor zwei Jahren mit dem Sofortprogramm bereits grundsätzlich in dieser Frage positioniert hatten, nun mit der brisanten und aktuellen Thematik der Einwanderungsgesetzgebung befassen. Dabei stehen wir nicht am Nullpunkt. Ich erinnere daran, dass die DKP in den 80er und auch in den 90er Jahren mit ausgereiften und guten Positionen gegen die Kampagne „Das Boot ist voll“ Widerstand geleistet hat.

Ich erinnere

an das alte Bildungsmaterial „Nationale Politik und proletarischer Internationalismus“ von 1977/78,

an die Beschlüsse unseres 7. Parteitages und unsere Broschüre „DKP und ausländische Arbeiter“ von 1984,

an das DKP-Forderungsprogramm von 1988 „Gleichstellung und Gleichbehandlung ist mehr als Freundschaft. DKP und ArbeitsimmigrantInnen“,

an das Hearing der DKP an der Karl-Liebknecht-Schule vom Juli 1995 „Zur Lage und den Perspektiven der nach Deutschland eingewanderten Menschen und ihrer Familien“ und die daraus entstandene Broschüre ,

und auch an das Heft der Marxistischen Blätter 1-92 „Einwanderungsland BRD“. Darin auch eine Arbeit von mir zum Thema „Marx und Lenin zur Immigrationsfrage“ und andere nützliche Beiträge von A. Neuber, R. Kühnl, W. Ebert.

Als KP gehen wir davon aus, dass der angebliche, als unversöhnlicher Antagonismus dargestellte Widerspruch zwischen Einheimischen und Zuwanderern objektiv gar nicht diese Qualität besitzt, weil es sich um eine andere Art von Widerspruch, nämlich den Widersprüchen unter Werk tätigen bzw. sogar um Widersprüche innerhalb einer Klasse handelt. Diese können aber im Sinne der objektiven Gemeinsamkeiten gelöst werden und nicht durch Konfrontation. Der von Politik, Medien, Nationalisten und Rechten konstruierte Antagonismus soll vom eigentlichen Hauptwiderspruch, dem zwischen den arbeitenden Menschen –unabhängig von ihrer Herkunft – und dem Klassenkontrahenten, dem deutschen und internationalen Kapital ablenken.

Dies auszuformulieren, ist eine Aufgabe für die nächsten Wochen, die wir ausgehend von den konkreten bisherigen Forderungen zügig und ich denke, bis zum geplanten Wahlkongress für die EU-Wahl bereits in großen Teilen realisieren könnten.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Kommen wir zur außenpolitische Lage und damit zu dem nächsten und dritten großen Widerspruchskomplex: den Widersprüchen zwischen den imperialistisch-kapitalistischen Mächten untereinander und dem auf einer anderen qualitativen Ebene angesiedelten Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und der Volksrepublik China.

(Das widersprüchliche Russland als Teil und zugleich Konkurrenz innerhalb des kapitalistisch-imperialistischen Blockes klammere ich aus Zeitgründen aus. Die Brisanz dieser Frage ist mir vollauf bewusst.)

Ex-Außenminister Joschka Fischer – und nicht nur er – sprechen mit Blick auf die erste Form, die der innerimperialistischen Widersprüche, von einer „Zeitenwende“ in den Beziehungen zwischen den USA und den bisherigen europäischen Alliierten: Die Rhetorik, die er benutzt, klingt scharf:

„Donald Trump ist alles andere als eine ‚Witzfigur‘, sondern er macht bitteren Ernst mit der Zerstörung des Westens, was einer Revolution der globalen Ordnung gleichkommt. ... Damit markiert seine Präsidentschaft eine historische Zäsur. Diese reflektiert jedoch keinen Fundamentalkonflikt zwischen den USA und der Europäischen Union, der existiert nicht. Es geht in Wirklichkeit um eine andere globale Machtverschiebung, die Europa und Amerika, zwar in unterschiedlicher Weise, aber dennoch gemeinsam in Gestalt eines zumindest relativen Abstiegs, massiv betroffen wird, nämlich um die Verschiebung von Macht und Reichtum von West nach Ost, um die geopolitische, wirtschaftliche und technologische Herausforderung der Vereinigten Staaten von Amerika durch China als Nummer eins der Welt. Das macht die Entwicklung alles andere als ungefährlich, denn diese sino-amerikanische Rivalität um die globale Dominanz wird die Geopolitik des 21. Jahrhunderts prägen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 01.08.18, S. 2 – Hervorhebungen durch mich)

Was ist aus Fischers Sicht die strategische Option angesichts einer bröselnden „Schutzgarantie“ seitens der USA und einer gar nicht mehr so „wohlwollend“ auftretenden Hegemonialmacht? Ganz zu schweigen davon, dass das alte Angebot des vormaligen US-Präsidenten Bill Clinton vom „Partner in Leadership“ durch Trumps „America First“ längst im Nebel der Vergangenheit verschwunden ist.

Fischer beschwört einen Kampf für die Wiedererlangung der „europäischen Souveränität“, was heiße, „als EU zur Macht zu werden, die auf globaler Ebene ihre Interessen wird

durchsetzen können, oder aber in der Gegenwart den Anschluss zu verlieren und dauerhaft abgehängt zu werden. Eine zweite Chance wird es für Europa nicht geben. Damit tritt die EU aber in einen neuen Abschnitt ihrer Geschichte ein. Aus dem Handels- und Friedensprojekt (das bestehen wird) wird ein Projekt der gemeinsamen Souveränität.“ (ebenda)

Was steckt hinter dieser Beschwörung der „europäischen Souveränität“, und zwar auf der „globalen“ Bühne? Als Marxisten und Leninisten sind wir verpflichtet, „tiefer zu bohren“.

Wir sind es gewohnt – zumindest versuchen wir es – zu analysieren, wie sich die Gesetzmäßigkeiten der innerimperialistischen Konkurrenz auswirken. Und wir sehen derzeit, wie rasch die Qualitäten in den Widersprüchen sich wandeln. Und wie dann schließlich der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Verkörperung des Widerspruchs zwischen Imperialismus und einem sozialistisch orientierten Konkurrenten namens China sich qualitativ anders entwickelt als die nichtantagonistischen Widersprüche zwischen imperialistischen Konkurrenten – inklusive Russland.

Mag Trump in seiner Unberechenbarkeit einmal sogar von der „EU als Feind“ gesprochen haben – was sich in der Austragung des Kampfes der Gegensätze doch durchsetzt und schließlich am härtesten realisiert, ist die Gegnerschaft zwischen dem internationalen Monopolkapitalismus – geführt von den USA – und einem Konkurrenten, der erklärtermaßen einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg erkoren hat (oder ihn zumindest für sich offiziell reklamiert): nämlich China.

Die eigentliche Ursache für den Handelskrieg ist die noch immer nicht überwundene Weltwirtschaftskrise von und seit 2007. Kurz danach, bei den Gipfeltreffen G7 und G20 anno 2009, haben die Gipfelteilnehmer noch einstimmig und feierlich gelobt, am freien Welthandel und am unbeschränkten Kapitalverkehr festzuhalten. Dieses Gelöbnis wurde abgelegt mit bewusstem Blick auf die Periode zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg, als die imperialistischen Mächte gegeneinander Währungs- und Wirtschaftskrieg führten und was – auch nach Ansicht der vom Kapital bezahlten Ökonomen und Historiker – mitursächlich für die besonders verheerende Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts war.

Aber danach ging es Schlag auf Schlag. Zur Kündigung der großen, fertig ausgehandelten Handelsabkommen mit Westeuropa und Ostasien, sowie der Infragestellung von Nafta (USA, Kanada und Mexiko) kamen dann die Drohungen mit Einfuhrzöllen auf Stahl und Aluminium aus allen möglichen Ländern –

anfänglich auch gegenüber der EU – und schließlich 25 Prozent Zoll auf zunächst 34 Mrd. Dollar Einfuhrwert gegenüber China.

Die EU hat sofort Gegenzölle beschlossen. Doch es kam; wie man vorhersehen konnte. Der Vorsitzende der EU-Kommission Juncker handelte einen „Kompromiss“ mit den USA aus, der den totalen Wirtschaftskrieg zwischen den beiden imperialistischen Hauptblöcken zunächst abwendete.

Anders endete der angekündigte Konflikt um die Sanktionen gegen China.

Die USA legten bereits Mitte Juli eine Liste der Importwaren aus China im Wert von 200 Mrd. Dollar vor, die in einer nächsten Runde von „Straf“-zöllen betroffen werden sollen.

Für EU-Unternehmen sind die Sanktionen der USA gegen Russland und vor allem gegen den Iran aber noch schlimmer als die angedrohten, aber nun doch gestoppten Importzölle in die USA. Das Abkommen mit dem Iran, das sich formal mit der Atomwaffenfähigkeit des Iran befasst, das nach Jahren langer Verhandlungen endlich die Sanktionen gegen den Iran aufhob und das nun von den USA einseitig gekündigt wurde, ist für die EU-Politik ein wichtiger Eckpunkt, bei dem Widerstand gegen das US-Diktat möglich wäre.

Doch die wichtigsten deutschen Handelspartner des Iran – wie Siemens, BASF, Total, PSA, Adidas und Daimler – schließen sich den Sanktionen der USA an.

Warum? Nun, das US-Geschäft ist für sie lukrativer; dort erzielen vor allem deutsche Firmen Rekordprofite. 2017 verkauften sie auf dem US-Markt Produkte im Werte von 111 Milliarden Euro; im Iran nur für schlappe 3 Milliarden. Das anfängliche Gerede, dass sich EU und BRD gemäß der „Blocking“-Verordnung 2271/1996 den US Sanktionen widersetzen würden, ist deshalb längst Makulatur.

Nun werden Russland und China in die Marktlücke stoßen: Russland will jetzt 50 Milliarden US-Dollar in die Entwicklung der iranischen Erdöl- und Erdgasindustrie stecken. Und staatliche chinesische Öl- und auch Automobilkonzerne besetzen die von französischen Konzernen freiwillig geräumten Positionen. Schon vor dem Boykott war China der wichtigste Handelspartner des Iran. Diese Position kann es nun locker ausbauen.

Was lehrt uns das?

Besonders Länder, deren Export einen Großteil der Ökonomie ausmacht, wie Deutschland oder China, werden davon stark betroffen sein.

Deutschland verfügt allerdings mit der EU (noch) über ein garantiert zollfreies Absatzgebiet. China hat bereits 2008, unmittelbar nach Ausbruch der großen Krise begonnen, das bisher einseitig auf den Export ausgerichtete Wirtschaftsmodell durch eine Förderung des heimischen Marktes zu korrigieren. Zugleich schlägt das Land nun eine engere politökonomische Verbindung mit der EU vor.

China ist schon jetzt das Land, das den größten Teil des deutschen Exports aufnimmt. China ist schon zehn Jahre lang auch der wichtigste Markt (und nun auch Produktionsstandort) der Autoindustrie. Unter dem Strich führt die starke chinesische Position auf dem Weltmarkt dazu, dass es durch die Boykott-Strategie der USA mehr gewinnt als verliert. So kehrt sich die Sanktionspolitik der US-Regierung im Prinzip gegen das eigene Land.

Ich fasse unter dem Gesichtspunkt der dialektisch-materialistischen Methodologie diesen Teil der aktuellen innen- wie außenpolitischen Widerspruchsentwicklung nun in drei methodologischen und systematischen Konsequenzen zusammen:

Konsequenz Nr. 1:

Wie Lenin mitten im tobenden Weltkrieg in seiner Reflexion „Zur Frage zur Dialektik“ schrieb, bedeutet „Entwicklung“ in Natur und Gesellschaft aus materialistischer Sicht folgendes:

„Entwicklung ist ‚Kampf‘ der Gegensätze. Die beiden grundlegenden (oder die beiden möglichen? oder die beiden in der Geschichte zu beobachtenden?) Konzeptionen der Entwicklung (Evolution) sind: Entwicklung als Abnahme und Zunahme, als Wiederholung, *und* Entwicklung als Einheit der Gegensätze (Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und das Wechselverhältnis zwischen ihnen). ...

Nur die zweite (Konzeption) liefert den Schlüssel zu der ‚Selbstbewegung‘ alles Seienden; nur sie liefert den Schlüssel zu den ‚Sprüngen‘, zum ‚Abbrechen der Allmählichkeit‘, zum ‚Umschlagen in das Gegenteil‘, zum Vergehen des Alten und Entstehen des Neuen.

Die Einheit (Kongruenz, Identität, Wirkungsgleichheit) der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vergänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Bewegung absolut ist.“¹

Im 100. Jahr der deutschen Novemberrevolution und der Konstituierung der KPD und im 50. Jahr der Neukonstituierung der DKP interessieren uns aus strategischer Sicht vor allem die strukturell-

genetischen Hintergründe, die verschiedenen Qualitäten der Widersprüche, die zu großen Klassenauseinandersetzungen und perspektivisch zur Revolution führen. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich schließlich im Krieg und/oder in Revolutionen entladen, sind immer in ihrer Entwicklung zu betrachten. Und zwar im doppelten Sinne:

- a) hinsichtlich der inneren Widersprüche
- b) hinsichtlich der äußeren Widersprüche.

Ereignisse sind in und aus dieser ihrer Entwicklungsgeschichte und nicht aus ihrem aktuellen „Momentum“ her zu analysieren - und mit Blick auf die weitere Dynamik der Widersprüche, die dabei wirken. Die Dialektik ist nach F. Engels die „Lehre vom Gesamtzusammenhang“. Kein Widerspruchskomplex, auch keine einzelne Seite eines Widerspruchspaares ist isoliert zu betrachten. Immer geht es nicht nur um den IST-Zustand, sondern auch um die Vorgeschichte und Perspektive von Widerspruchsentwicklungen.

Überträgt man das auf die Ebene der heutigen Politik und des Klassenkampfes, so folgt daraus: Der Klassenkampf hört niemals auf, solange die objektiven Bedingungen für die Existenz von Klassen bestehen. Die Formen des Kampfes wechseln nach den Entwicklungsstadien von Widersprüchen; sie können friedlich, ja sogar im Konsens gelöst werden, sie können sich aber auch von eigentlich nichtantagonistischen Konflikten zu Antagonismen entwickeln, die mit der Liquidierung einer der beiden Seiten endet.

Konsequenz Nummer 2:

In diesem Zusammenhang möchte ich eine ganz persönliche individuelle Einschätzung zu einem speziellen Abschnitt von Klassenkampfverfahren und Widersprüchen machen, die immer wieder – so jetzt auch im Zusammenhang mit einer Publikation von Gesprächen zwischen H. H. Holz, Genossen A. Schölzel und Genossen J. Öhme auftauchen. Wie gehen wir mit Widersprüchen und widersprüchlichen Persönlichkeiten in der Geschichte der kommunistischen Bewegung um?

Ich sage dies auch mit Blick auf ein bevorstehendes Jubiläum im Jahre 1919: die Gründung der Kommunistischen Internationale. In diesem Zusammenhang werden wir erneut mit der Existenz und der Wirkung der unterschiedlichen Widersprüche in der eigenen Bewegung, mit denen die Kommunist(inn)en im Verlauf ihrer revolutionärer Kämpfe zu tun hatten, konfrontiert werden.

Außer Mao Tse-Tung gibt es in unserer Bewegung schon sehr lange einen zweiten als Unperson gehandelten marxistisch-leninistischen Revolutionär, der meines Erachtens aber grade im Zusammenhang mit der Lehre und der Theorie

des dialektischen und historischen Materialismus eine bis heute wichtige praktische und theoretische Rolle spielt.

H. H. Holz hat ihn in seiner Anthologie der großen Theoretiker der Kommunistischen Internationale trotz seiner Fehler, trotz einiger fragwürdiger militärischer Einschätzungen zu Kriegsbeginn, trotz bedeutender Vergehen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und trotz anderer charakterlicher Widersprüche diesen Revolutionär und Staatsmann nicht nur als einen der wichtigsten politischen Persönlichkeiten seiner Zeit, sondern auch als großen Propagandisten und Theoretiker seiner Generation gewürdigt und seine Verdienste zur Verteidigung und auch Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus hervorgehoben.¹

Ich meine, dass man in der Frage, welche Persönlichkeiten in unserer Geschichte auf unsere Seite gehören, um ihn keinen Bogen machen kann. Insbesondere, wenn wir die Frage der Festigung und Entwicklung unserer marxistisch-leninistischen Grundlagen als die zentrale Aufgabe unserer Bildungsarbeit begreifen. Das haben Robert Steigerwald und ich vor einigen Jahren in unserem Revisionismus-Buch auch als gemeinsame Position formuliert.

Wir schrieben damals:

„Auch in dieser Broschüre ließ es sich nicht umgehen, zur Person und Politik Stalins Position zu beziehen. Er stand lange Jahre an der Spitze der Kommunisten, mit seinem Wirken sind große Erfolge, schwere Rechtsverletzungen geschehen. Wir sind nicht zum Personenkult bereit, nicht zu einem positiven, aber auch nicht zu einem negativen.

„Stalinismus“ ist ein Totschlagargument. ...

Wie man Persönlichkeiten dieser Art „bewerten“ kann, dafür hat der am ehesten dem Trotzismus zuneigende polnische Kommunist Isaac Deutscher in seiner Stalin-Biografie geschrieben:

„Man kann, Stalin nicht mit Hitler zu den Tyrannen zählen, in denen man später nur noch eine absoluten Wertlosigkeit und Nutzlosigkeit sieht‘.

Das Gute an Stalins Werk wird seinen Schöpfer ebenso sicher überdauern wie dies bei Cromwell und Napoleon der Fall war. Aber um es für die Zukunft zu erhalten und zu seinem vollen Wert zu entfalten, wird die Geschichte das Werk Stalins vielleicht noch genauso streng läutern und formen müssen wie sie einst das Werk der britischen Revolution nach Cromwell und das Werk der französischen Revolution nach Napoleon gereinigt und neu geformt hatte.‘ (Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1967, S. 717 ff.)

Auch wenn wir selbst uns nicht jede einzelne Facette dieses Urteils zu eigen machen, so

möchten wir als Zeitzeugen bzw. Nachgeborene dieser Epoche der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung dafür plädieren, die Stalin-Frage in ihrer gesamten historischen Komplexität zu würdigen: weder im Sinne eines pauschalen Verdammungsurteils „Stalinismus“ noch im Sinne einer ahistorischen Stalin-Verehrung. „Das Gute“, das mit seinem Namen verbunden ist, war und bleibt zu würdigen und das Üble und Verhängnisvolle bleibt zu verurteilen. Als Teil unserer kommunistischen Geschichte, als Teil ihrer/unserer Höhen und Tiefen. Stalin gehört als historische Figur in unser Lager und nicht ins Lager der Gegner.“ⁱⁱ

Stalin war zwar philosophisch gebildet, aber er war Politiker und nicht ein Philosoph.

Das von ihm und seinen Mitarbeitern verfasste Kapitel „Über den dialektischen und historischen Materialismus“ des „Kurzen Lehrgangs“ ist eine „Einführung“ nicht ein wissenschaftliches Lehrbuch. Diese „Einführung“ richtet sich an Laien und Anfänger!!! Sie ist gut strukturiert, didaktisch klug aufgebaut. Sie steht absolut in keinem Widerspruch zu den philosophischen Arbeiten von Marx, Engels oder Lenin.

In dieser Einführung heißt es:

„Wenn das Umschlagen langsamer quantitativer Veränderungen in rasche und plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, daß die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen.

Also kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch nicht auf dem Wege langsamer Veränderungen, nicht auf dem Wege von Reformen, sondern einzig und allein auf dem Wege qualitativer Veränderung der kapitalistischen Ordnung, auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man Revolutionär sein und nicht Reformist. ...

Also darf man die Widersprüche der kapitalistischen Zustände nicht verkleistern, sondern muß sie aufdecken und entwirren, darf man den Klassenkampf nicht eindämmen, sondern muß ihn zu Ende führen.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man eine unversöhnliche proletarische Klassenpolitik, und nicht eine reformistische Politik der Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nicht eine Paktiererpolitik des

„Hineinwachsens“ des Kapitalismus in den Sozialismus durchführen.“ⁱⁱⁱ

Es ist doch völlig logisch, dass alle Ideologen und geistigen Wasserträger der Bourgeoisie den Autoren solcher Sätze als ihren direkten theoretischen und politischen Feind betrachten **müssen**. Denn dieses Verständnis eines revolutionären dialektischen und historischen Materialismus ist eine Kampfansage an den metaphysischen Idealismus in der Philosophie und den Opportunismus in der Politik durch und durch.

Es ist doch völlig logisch, dass die Reformisten und Revisionisten jeglicher Couleur einen solchen Autoren und eine solche politische und theoretische Position deshalb nur niedermachen können.

Aber es ist andererseits nicht möglich, unwissenschaftlich und undialektisch reale Widersprüche zwischen Wort und Tat, Theorie und Praxis zu ignorieren, die auch mit dem Wirken Stalins verbunden sind.

Der in den letzten Jahren bekannt gewordene US-amerikanische Autor Grover Furr hat, gestützt auf gründliche archivarische Studien, etliche Behauptungen über angeblich massenhafte und ungerechtfertigte politische Verfolgungen auch von Kommunistinnen und Kommunisten, die unter Stalins Verantwortung stattgefunden hätten, widerlegt.

Es bleibt dennoch eine völlig verfehlt Schlussfolgerung von Furr, dass es rechtens gewesen sei, Geständnisse – selbst falsche – zu erpressen, durch die es zu Verurteilungen gekommen ist, die absolut grundlos gewesen waren. Das hat mit sozialistischer Justiz, mit Anwendung von revolutionärer Gewalt nichts zu tun.

Es ist reaktionäre Metaphysik zu behaupten, dass im Dienst eines „revolutionären Ideals“ wirklich alles und jedes gerechtfertigt werden könnte. Der „Zweck heiligt (eben nicht) alle Mittel“.

Dann wäre dieser Zweck auf jeden Fall nicht revolutionär, sondern pure Willkür.

Dann müssten wir auch Verständnisse für die Folterkammern der katholischen Inquisition bekunden. Die dienten angeblich nur einem reinen und „göttlichen Ideal“.

Konsequenz Nummer 3:

Zur Anwendung der dialektisch-materialistischen Methode auf einen neuen gesellschaftlichen Widerspruch: die linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“.

Mit diesem konzeptionellen und methodologischen Verständnis von Widersprüchen in Natur und Gesellschaft müssen wir m.E. auch eine

solch neue Erscheinung wie die linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“ beurteilen, die auf Initiative von O. Lafontaine und S. Wagenknecht entstanden ist und binnen weniger Tage – noch vor der offiziellen Gründung Anfang September – über 60.000 Online-Interessenten um sich geschart hat.

Die Idee scheint also auf ein deutliches Interesse zu stoßen.

Anfang des Jahres hatte O. Lafontaine seine eigene Partei mit der Forderung zur Gründung einer „linken Sammlungsbewegung“ als Konsequenz aus dem starken Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl kalt erwischt. Im „SPIEGEL“ hatte er erklärt: „Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, (Hervorhebung durch mich – HPB) in der sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammentun.“

Als Begründung gab O. Lafontaine u.a. an, dass der anfängliche Hype um Martin Schulz bestätigt hätte, dass es eine Basis für eine solche sich aus der Gesellschaft entwickelnde Bewegung gebe. Die SPD sei aber dieser Erwartung im Bundestagswahlkampf nicht gerecht geworden. Die von ihm und in der Folgezeit besonders von S. Wagenknecht propagierte Idee von der „Sammlungsbewegung“ solle nicht nur die klassischen Parteien, sondern auch „Gewerkschafter, Sozialverbände, Wissenschaftler, Kulturschaffende und andere“ umfassen.

Nicht nur die Spitzen von Grünen und SPD reagierten sofort abweisend. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann wollte sich damals auf Presseanfragen nicht einmal zu diesem Vorschlag Lafontaines äußern. Auch die Parteivorsitzenden der Linkspartei, K. Kipping und B. Riexinger, bezogen sofort gegen die Lafontaine/Wagenknecht-Vorstellung eine strikte Gegenposition. Sie erklärten übereinstimmend, dass sich dies nicht vereinbaren lasse mit der Stärkung der eigenen Partei. Dabei hätten doch die Wahlergebnisse bei aller Problematik gezeigt, dass es gelungen sei, Mitglieder und Wähler in den jungen akademisch geprägten urbanen Schichten, vor allem in der früheren BRD und in Berlin, zu gewinnen.

An dieser Absage von SPD, PDL und DGB hat sich nichts geändert.

Was steckt inhaltlich in dieser Idee? Warum hat sie zu so heftigen Reaktionen geführt? Was sagen wir als DKP dazu?

Zunächst eine ganz nüchterne persönliche Feststellung: Im Prinzip war das Ganze das Eingeständnis, dass die bis dato gehegte Vorstellung von einer „rot-rot-grünen“ Regierungskoalition sich nicht mehr verwirklichen lassen konnte. Im Grund

war eine Illusion zerplatzt.

Das neue Ziel lautet nun:

„Unser Ziel sind natürlich andere politische Mehrheiten und eine neue Regierung mit sozialer Agenda.“ Das sagte S. Wagenknecht dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ in einem Interview. Und weiter: „Ein Schlüssel dafür ist die SPD.“ Solange diese ihre Agenda-2010-Politik fortsetze, werde sie weiter schrumpfen. Das verringere aber „die Chance auf eine linke Machtoption“, erklärte sie.

Ist dies etwas, was dem strategischen Konzept der antimonopolistischen Bündnisse nahe kommt, was unserer strategischen Ausrichtung entgegenkäme?

Ich sehe es differenzierter:

- Es gibt sehr gute Gründe für die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen ultrarechte und faschistische Kräfte. Das haben wir auch in unserer strategischen Orientierung, unserem „Leitantrag“ auf dem 22. Partei bestätigt, und daran gibt es im Prinzip nichts Falsches.
- Es gibt ebenfalls sehr gute Gründe sich für die Sammlung aller Kräfte im Kampf gegen die asoziale und kriegstreiberische Politik der GROKO zusammenzuschließen. Auch das haben wir in unserem „Leitantrag“ nicht nur beschlossen, sondern dafür arbeiten wir auch konkret: Durch die Unterstützung von Protest- und Streikaktionen im Gesundheitswesen, durch die Blockade des USA-Atomstützpunktes in Büchel, durch die Unterstützung der Kampagne „abrüsten und aufrüsten“, bei der wir mit unseren relativ begrenzten Kräften überraschend viel bewegen. Und auch durch die Beteiligung an der imposanten Münchner Demo der 40.000, die sich gegen Rassismus und Ausländerhetze positionierten.

Die Frage „Was tun?“ gegen die anti-soziale und hetzerische Politik dieser Regierung ist also in unseren Augen konkret und nicht nur abstrakt zu behandeln.

- Was ist der politische strömungsübergreifende Grundkonsens und welche gemeinsamen Hauptforderungen werden erarbeitet und von allem getragen? Einige der jetzt geäußerten Einzelpunkte entsprechen durchaus unseren eigenen Vorstellungen. Sie bilden aber eher das Bild eines Flickenteppichs als einer in sich kohärenten Konzeption einer demokratischen Gesamalternative – die ja gar nicht

„pro-sozialistisch“ sein muss, die aber auch nicht die Systemfrage völlig aussparen kann.

- Gehört dazu nicht ein Mindestmaß von gemeinsamer Einschätzung der gesellschaftlichen Ursachen der Rechtsgefahr und des neuen Faschismus? Müssen dazu nicht einige elementare Grundsätze über die Verbindung von kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Faschismus gemeinsam vertreten werden, wie sie z.B. auch im „Ahlener Programm“ der CDU von 1947 oder auch in den ersten wirtschafts- und sozialpolitischen „Leitsätzen“ des Gründungskongresses des DGB (dem sog. „Münchener Programm“) formuliert worden sind?
- Wenn man ehrlich sein will, fehlt es an Klarheit in diesen politischen Grundvorstellungen und auch selbst in der Frage der eigenen organisationspolitischen Vorstellungen und Perspektive.
- Und: reden wir nicht darum herum: es kann natürlich auch nicht einleuchten, wenn in den Bündnisüberlegungen, die es bisher dazu gibt, von einer Nichtexistenz einer Kommunistischen Partei und einer kommunistischen Bewegung in diesem Lande ausgegangen wird.

O. Lafontaine sprach zu Beginn auch von einer parteipolitischen Alternative. Jetzt – offenbar unter dem Druck der Führung der Linkspartei – betonen er und S. Wagenknecht, dass es „nur“ eine Bewegung sein solle, wie z.B. die „Frauenbewegung“. In sich stimmig ist das nicht.

Denn wenn beide so sehr auf Veränderungen bei SPD und Grünen als Voraussetzung für machtpolitische Veränderungen setzen, dann meinen sie damit doch eine andere Regierungsvariante. Und das geht nur über Wahlen und Wahlarithmetik und über die Formierung einer alternativen Partei.

Mit ihrer auf den parlamentarisch-demokratischen und auf den kapitalismus- und systemkonformen Rahmen orientierten Gesamtansatz, muss – und kann auch nur – die Einwirkung auf die parlamentarische Ebene zwangsläufig im Zentrum stehen.

Das deutsche Wahlrecht schließt eine Kandidatur von „Bewegungen“ aus. Frankreich, das ja offenbar zumindest formal Impulsgeber war, sowohl durch den Erfolg der linken Bewegung „Les Insoumises“ von Jean Luc Melancon als auch durch die ursprüngliche „La République En Marche“ von Emanuelle Macron, ist in dieser

Hinsicht kein Modell.

Eine Parteibildung wird also unausweichlich, wenn es ein –in der Logik der Initiatoren – ausreichend starkes Druckpotential auf der parlamentarischen Bühne geben soll. Dass O. Lafontaine und S. Wagenknecht dies im Moment abstreiten, werte ich als reine Rhetorik.

Was folgt aus all dem für uns als einer eigenständigen kommunistischen und revolutionären Kraft?

Wir tun erstens gut daran, uns darauf zu konzentrieren, dass wir die politischen Orientierungen unseres Parteitages mit aller Beständigkeit realisieren, die darauf angelegt sind, einen Stopp der Offensive des Großkapitals im Sinne einer „Wende“ zu einer Politik des Antimilitarismus, der Antifaschismus und des antimonopolistisch-demokratischen und sozialen Fortschritts zu erkämpfen. Und zwar gemeinsam mit allen anderen Kräften, die sich aus eigenen Einsichten und Motiven gegen diese anhaltende reaktionäre Offensive stemmen.

Dabei werden wir hoffentlich auch in der Praxis mit denen zu tun haben, die sich jetzt einer Idee des „Aufstehens“ anschließen wollen.

Wir tun zweitens gut daran, nicht in Hektik zu verfallen und uns an die alte Orientierung aus den „Grundsätzen des Kommunismus“ von F. Engels zu erinnern, in denen er zum Umgang der Kommunisten mit den demokratisch-sozialistischen und kleinbürgerlichen damaligen Bewegungen folgende Orientierung vertrat:

„Die Kommunisten werden ... in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Daß diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar.“ (MEW 4, S. 378)

Ansonsten müssen wir uns drittens weder den Kopf darüber machen, wie die Linkspartei-Führung auf eine sich formierende Alternative einstellt, noch müssen wir uns Sorge darüber machen, ob das Projekt „Aufstehen“ eine Idee bleibt oder wird, die sich im parlamentarischen Getriebe so oder so etabliert – oder auch nicht.

Und viertens haben wir eine Einladung an die Initiatoren von „Aufstehen“ geschickt und sie gebeten, mit uns auf dem Pressefest über dieses Projekt zu diskutieren. Die Einladung ging an S. Wagenknecht und S. Dagdelen. Teilnehmen

würde daran für die DKP unser Parteivorsitzenden P. Köbele.

Für diese Einschätzung und dieses Vorgehen bitte ich um Eure Zustimmung.

Teil B: Parteibildung im engeren Sinne

Liebe Genossinnen und Genossen!

Waren diese Ausflüge und Reflexionen über die „große Politik“ nicht viel zu hochgestochen, viel zu allgemein und überflüssig?? Und dann auch noch die Bezüge zu solchen umstrittenen Personen wie Mao und Stalin? Sollte das wieder mal eine Provokation sein? Was hat das mit der konkreten Bildungsarbeit zu tun?

Ich zitiere deshalb aus einer Zuarbeit zu diesem Referat von einem unserer erfahrensten Genossen aus Baden-Württemberg, der dort die Verantwortung im Bereich der Bezirksbildungskommission übernommen hat. Dieser erfahrene Genosse schreibt auf die Frage, welche Rolle für ihn die Bildungsarbeit bei der Festigung und Weiterentwicklung der DKP als einer marxistisch-leninistischen Partei hat, unter anderem:

„1. Entscheidender Stellenwert unserer ML-Philosophie (dialektischer und historischer Materialismus) als weltanschauliche Grundlage und Kompass für alles, auch für historischen Optimismus (trotz alledem ...)

Lenin-Wort: Man könne „Kapital“ von Marx nur richtig verstehen, wenn man Hegels Philosophie studiert habe! = Dialektik tiefer vermitteln, nicht bloß „Lehrbuchformeln“ (alles Existierende ist immer in widerspruchreicher Bewegung, das betrifft auch uns selbst).

Auch Lenins Hinweis von 1922: („Für den streitbaren Materialismus“) Hegel studieren! Und „materialistisch lesen“, um den Sozialismus aufbauen zu können (auch Hans Heinz Holz). Auch Sozialismus/Kommunismus wird immer voller neuer Widersprüche sein, nie „Ende der Geschichte“, nie „Unumkehrbarkeit von Kräfteverhältnissen“, Schluss mit allem „Messianismus“ (Losurdo), konsequent unsere wissenschaftliche Weltanschauung verteidigen und weiterentwickeln.

Materiebegriff dialektisch (Lenin!) nicht mechanisch oder positivistisch.

2. Politökonomie: aber eben auch dialektisch und nicht „ökonomistisch“! Die Relationen/ Begriffe in widerspruchreichem Gesamtzusammenhang und in ständiger Veränderung und Bewegung sehen.“

Ähnliche Hinweise gibt der Genosse auch für

unsere nicht abgeschlossene Strategiedebatte und für unseren Umgang mit der Geschichte der deutschen und russischen Arbeiterbewegung. Dies sind nützliche allgemeine und auch zugleich konkret handhabbare Gedanken. Zur Geschichte insbesondere der folgende Gedanke:

„4. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung

a):...

b) kritische Neubewertung des 20. Parteitags der KPdSU:

Damals leider keine dialektisch materialistisch-historische Verarbeitung der Stalinzeit, stattdessen einseitig-moralische Verurteilung und Schuldzuweisung bis zur Verteufelung. Damit Tendenzen zur Verflachung der ML-Dialektik und Begünstigung von Tendenzen des Revisionismus/Reformismus sowie der Stagnation. Eine logische Folge war der „Eurokommunismus“ und die Zersetzung von KPs und des Sozialismus. Hieraus auch ein wichtiger Hinweis zu Ursachen der Niederlage von 1989/ 90.“

Grade auch vor diesem Hintergrund dieser Ausführungen aus Baden-Württemberg habe ich mir erlaubt, die Methodik und Methodologie der „Lehre vom Widerspruch“ nicht nur abstrakt zu referieren, sondern auf die heutige Situation auch als Analyseinstrument anzuwenden. Es war der Versuch, die marxistische Bildungsarbeit „on work“ zu demonstrieren.

Am Punkt (20. KPdSU-Parteitag) würde ich dem Genossen soweit Recht geben, dass wir als KPd-DKP nach 1956 viel zu spät und auch viel zu sporadisch den mit dem Jahre 1956 tiefen ideologischen Einschnitt behandelt haben. Gleichzeitig meine ich, dass die von ihm – zwangsläufig – nur sehr knapp skizzierten inhaltlichen Fragen das Manko besitzen, bereits ziemlich eindeutige Bewertungen darzustellen und nicht die alles überragende Frage nach der Entwicklung, den Entwicklungsbedingungen und Entscheidungsräumen vor, auf und nach dem 20. KPdSU-Parteitag in ihrem Gesamtzusammenhang von Vor- und Nachgeschichte zu betrachten.

Das ist zu holzschnittartig. Das birgt schon die Gefahr von vorschnellen Bewertungen. Die Gleichsetzung von 20. Parteitag mit „Sieg des Revisionismus“ und „Weichenstellung“ für den zwangsläufig daraus folgenden Triumph der Konterrevolution – immerhin vergingen bis dahin fast genauso viele Jahre wie die Spanne zwischen dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1956 – ist zu grobschlächtig.

Und in diesem Zusammenhang ist auch die Berufung auf H. H. Holz oder D. Losurdo für uns nicht das letzte und das entscheidende Wort. Ebenso wie auch in einigen anderen Fragen, auf

die Willi Gerns diese Woche in seinem UZ-Leserbrief zur Debatte um H. H. Holz richtigerweise aufmerksam gemacht hat. Ich stimme Willi mit seiner abgewogenen Beurteilung zu.

Die Wahrheit und das Leben, die Geschichte unserer Bewegung ist komplexer. Ich kann nur vor neuen Vereinfachungen warnen und erinnere bewusst an das eben gebrachte Zitat aus dem Brief von Friedrich Engels an Joseph Bloch.

Ein anderer Genosse aus der baden-württembergischen Bildungskommission, zugleich Mitglied der zentralen Bildungskommission des PV, betont auf die an ihn gerichtete Frage, was denn für ihn die Grundlage der Bildungsarbeit in einer „marxistisch-leninistischen“ Partei sei, ähnlich wie der Vorsitzende seiner Bezirkskommission:

„Um diese Formel auszufüllen, geht es um Theorie und Praxis. Ein Teil davon ist Bildung, aber marxistisch-leninistische Partei zu sein, verwirklicht sich über alle Handlungsfelder der Partei.

Damit ist Bildung kein separates Handlungsfeld, sondern Bestandteil der gesamten Parteipraxis. Bildung muss also integriert, im politischen Handeln auf allen Ebenen präsent sein. Für eine Grundorganisation heißt das z.B., dass sie Initiativen zu mehr Wissen direkt als Teil ihrer alltäglichen politischen Praxis ansiedelt, Wissen wird mit ihren Infoständen etc. verknüpft und aus deren Erfahrungen vertieft.

Daraus folgt, dass in allen GO's Bildung ihren festen Platz hat, dass sich alle GO's zu Bildung verpflichtet sehen. Von ihnen aus wird der Druck entwickelt, aktuelles Material zu Bildung von der Partei zu erhalten und ihre Erfahrungen mit dem Material zurückzumelden.

Aufgabe der zentralen Biko des PV bzw. des PV ist es daher, diese Grundeinstellung in der Partei flächendeckend zu verankern, sie als das Brot- und Butter-Geschäft der Partei verständlich, akzeptiert und nachgefragt zu machen, die Zustimmung dazu aller Ebenen zu organisieren. Ergebnis: Solide Bildungsfunktionsstruktur in der Fläche.“

Beide Genossen formulieren also Ansprüche an die Einheit von marxistisch-leninistischer Theorie mit der entsprechenden Praxis – ohne damit den Praktizismus und die kurzlebige theoretische Handwerkelei ohne gründliche Fundierung zu meinen.

Und ein noch junger dritter Genosse aus der Hamburger Bildungskommission vermittelt zur

gleichen Thematik folgende Erfahrung:
„Die sehr ehrliche Formulierung der Probleme unserer Partei allgemein im organisationspolitischen Bereich, wie wir sie im Leitantrag zur Parteistärkung vornehmen, trifft auch auf den Stand der Bildungsarbeit in den Gruppen und Bezirken zu. ...

Mit Ende der Erneuerer-Auseinandersetzung sahen viele Gruppen und Bildungsverantwortliche ihre Aufgabe darin, „zu überwintern“. Es war nicht so sehr die Entwicklung der Grundorganisationen gefragt, sondern es war wichtig, „dass überhaupt etwas passiert“, Personalentscheidungen wurden unter anderem daran festgemacht, dass „er oder sie was macht“ oder auch „viel macht“. Tätigkeit um ihrer selbst willen und Handwerkelei prägen das Bild. Es ist notwendig, diesen Zustand zu kritisieren. Gleichzeitig müssen wir uns aber klarmachen, dass diese Arbeitsweise die Voraussetzung für die Erhaltung der Parteistrukturen an vielen Orten der Republik war.

Wenn wir folglich heute diese Tendenzen überwinden wollen und müssen, brechen wir die Entwicklung nicht ab, die diese Genossinnen und Genossen in den schweren Jahren nach der Konterrevolution geleistet haben, wir knüpfen daran an. Wir arbeiten nämlich mit den Strukturen, die diese Genossinnen und Genossen erhalten und verteidigt haben.“

Zum ersten Hauptschwerpunkt im Bereich der Bildungsarbeit: das „Parteilehrjahr“ und seine Themen

Von diesen praktischen Erfahrungen und Anforderungen lassen bzw. wollen wir uns auch in der bevorstehenden Arbeitsperiode leiten lassen. Sowohl im Bereich des gesamten Sekretariatsbereichs für marxistisch-leninistische Theorie und Bildung wie auch an unserer Parteschule in Leverkusen.

Für beide Bereiche haben wir euch Arbeitsplan- und Seminarplanentwürfe zugeschickt. Ich muss diese schriftlichen Informationen nicht wiederholen und konzentriere mich beim Punkt des Gesamtarbeitsplanes nur auf drei Anmerkungen:

Bemerkung:

Der Arbeitsplan basiert voll und ganz auf den Beschlüssen des 22. Parteitagess insbesondere der Handlungsorientierung. Der Entwurf wurde auf einer Sitzung der Bildungskommission in Büchel erarbeitet und auf der letzten Sekretariatssitzung diskutiert.

Im Sekretariat gab es die mehrheitliche Meinung, dass das 2. Bildungsthema – nach dem bereits erstellten ersten Bildungsmaterial „Kommunisten und

Frieden“ – sich mit dem Thema Europa/EU-/Wahl zum Europäischen Parlament befassen sollte. Die Bildungskommission hatte hingegen als 2. Thema – ausgehend von der absoluten Schwerpunktsetzung des Parteitags – die Formierung und Reorganisation der DKP als Partei der Arbeiterklasse mit einer stärkeren Verankerung in Betrieben, Arbeiterwohnbezirken und Gewerkschaften als Hauptaufgabe zu verstehen, das Thema „Arbeiterklasse heute“ vorgeschlagen und dazu ein erstes ausführliches Material erarbeitet.

Eine Reihenfolge gemäß der Sekretariatsempfehlung würde aus meiner Sicht heißen, dass dieses fast fertige Material zum Parteitagsschwerpunkt erst in der 2. Hälfte 2019 behandelt werden würde.

Die Bildungskommission hatte in Büchel auch schon die ersten Überlegungen für das dann von mir vorgeschlagene 3. Bildungsthema „DKP gegen das Europa der Banken und Konzerne“ beraten. Sie hat außerdem den Vorschlag gemacht, mit UZ-Artikeln den bevorstehenden Wahlkampf zu unterstützen.

Der PV müsste also bei seiner Beschlussfassung über den Arbeitsplan diese Fragestellung mit berücksichtigen und dazu eine bewusste Entscheidung treffen.

Bemerkung:

Wir hatten sowohl in Büchel als auch auf der Sekretariatssitzung Ende Juli eine ernsthafte und produktive Diskussion über die Punkte 4 und 5 des Arbeitsplanentwurfes zu den Themen der Organisierung unserer wissenschaftlichen Kapitalismus- und Klassenanalyse sowie den damit zusammenhängenden Punkt der Arbeit im Hochschul- und Wissenschaftsbereich. Wir alle wissen um die seit nun fast drei Jahrzehnte anhaltende Nichtbefassung mit diesen zentralen Bereichen nicht nur von Theoriearbeit und Wissenschaftspolitik, sondern auch von der fehlenden Präsenz in dem strategisch bedeutsamen Feld der Berufsausbildung und auch Berufsausübung nicht nur der Studierenden, sondern auch der berufstätigen Schicht der Intelligenz. Unter den Bedingungen der sich beschleunigenden wissenschaftlich-technischen Revolution und Digitalisierung sind – wie wir im Leitantrag formuliert haben – auch mittlerweile Teile

der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der Arbeiterklasse nicht nur „aggregiert“ - (also angegliedert, wie wir früher sagten), sondern auch in die Arbeiterklasse auch „integriert“. Teilweise bilden sie auch bereits Bestandteile des „Kerns“ der Arbeiterklasse.

Ich bitte den PV bei der Beschlussfassung über den Arbeitsplan und die Punkte 4 und 5, auch diese Überlegungen mit in seine Entscheidung einfließen zu lassen.

Zweiter Hauptschwerpunkt im Bereich der Bildungsarbeit: Karl-Liebknecht-Schule.

Auch dazu habt ihr bereits die ausführlichen Teile im Arbeitsplan und nun auch den Entwurf des neuen Seminarplanes zugestellt bekommen.

Ich kann mir die vorliegenden schriftlichen Ausführungen des Leitungsteams (insbesondere die des Genossen Percy) deshalb hier an dieser Stelle aus Zeitgründen ersparen. Sie werden in der Information zu dieser PV-Tagung aber natürlich abgedruckt.

„Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken.“
Beschluss des 22. Parteitags „Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken“

Abschnitt 1 - Konsolidierung/Status

Nach dem Rücktritt von Jürgen Lloyd als Schulleiter der Karl-Liebknecht-Schule im Jahr 2016 ging es zunächst darum, den Schulbetrieb der KLS aufrechtzuerhalten und zu konsolidieren. Das ist uns gelungen. Im Jahr 2017 wurden die beiden Grundkurse übergangsweise noch ein letztes Mal von Jürgen Lloyd durchgeführt. Anfang 2018 wurde Domäne www.karl-liebknachtschule.org an die Partei übertragen und es wurde eine neue kleine Website mit der Adresse kls.dkp.de aufgebaut. Auch die Emailadresse der KLS wurde umgestellt auf kls@dkp.de.

Die 4-tägigen Grundkurse wurden Anfang des Jahres neu konzipiert und zum ersten Mal Anfang Mai erfolgreich durchgeführt. Ein zweiter Grundkurs wird im November stattfinden.

- (teilweise Verjüngung und Strukturen (abwechslungsreicher))

In der ersten Jahreshälfte fanden die folgenden Kurse statt:

- Grundkurs: 12 Teilnehmer

- Organisationpolitik ca 15 Teilnehmer
- Ran an die Arbeiterklasse ca. 14 Teilnehmer
- 50 Jahre DKP – ca. 5 Teilnehmer
- 2 Kurse (Antifa und „Kommunisten heute“) wurden aus terminlichen Gründen verschoben

Also in der Summe ca. 45 Teilnehmer und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Hinzu kommen aber noch die jeweils ca. 30 Teilnehmer an den beiden Bildungsberatungen zum ersten Bildungsthema „Kommunisten und Frieden“ am 7.6. in Leverkusen und am 30.06. in Nürnberg. So dass wir insgesamt eine bedeutend höhere Teilnehmerzahl erreicht haben. Die personelle Zusammensetzung der Kurse war jeweils sozial heterogen und widerspiegelte von der Altersstruktur her den aktiven Teil der Partei.

In der zweiten Jahreshälfte finden noch 3 Kurse statt: ein Seminar zur Staatstheorie, ein weiterer 4-tägiger Grundkurs und ein Seminar zum Thema „Wissenschaftlich-Technische Revolution“. Die Konsolidierung der Karl-Liebknecht-Schule ist damit zunächst einmal erreicht.

Abschnitt 2 - parallel zur Konsolidierung: Ausbau vorbereitet

Parallel zur Konsolidierung wurden bereits die Grundsteine für eine Ausweitung und weitere Qualifizierung der Parteischule gelegt:

- Die 1. PV Tagung hat eine kollektive, 3-köpfige Schulleitung eingesetzt. Innerhalb der Leitung gibt es eine gute, reibungslose Zusammenarbeit.
- Die Schulleitung wurde um 3 Referenten erweitert und deutlich verjüngt. Die Arbeitsfähigkeit der Leitung wurde dadurch deutlich verbessert.
- Der Referentenstamm wird weiter aufgebaut – auch unter dem Aspekt der „KLS vor Ort“.
- Die gezielte Anwerbung einer Großspende ermöglicht es, das Gebäude der KLS zu renovieren. Der Umbau ist eine große Chance und aber auch eine Herausforderung. Der Schulbetrieb darf durch Renovierungsarbeiten nicht beeinträchtigt werden.
- Verbesserte Zusammenarbeit mit der SDAJ bei der Kursplanung.
- Das verstärkte Bemühen um KADERAUSBILDUNG.

Abschnitt 3 - nächste Schritte und Perspektive Kaderschulung:

Ausgangspunkt: „Die DKP ist eine marxistisch-

leninistische Partei“. (Leitantrag 22. Parteitag)
Die bewusster angestrebte Kaderschulung umfasst die Vermittlung eines soliden „Grundwissen Marxismus“ sowie die Befähigung zur Leitungsarbeit, d.h. die Qualifizierung im Einzelressort sowie die allg. Qualifizierung – von PC Kenntnissen bis hin zu Rhetorik, Moderation etc.

Die Zielgruppe sind zukünftige Kader, Kader mit Qualifizierungsbedarf, KandidatInnen zu Wahlen, GenossInnen in Bündnissen, etc. – vor allem aus unserer Hauptzielgruppe, der Arbeiterklasse.

Kurs „Grundwissen Marxismus“

- Grundlage sind die Lehren von Marx, Engels und Lenin
- Inhalt sind alle drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus – marxistische Philosophie, Politische Ökonomie und der wissenschaftliche Kommunismus
- Grundkenntnisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Geschichte der KPdSU

- Die Referenten sollten aktive, eingebundene Parteimitglieder sein. Ohne Kenntnis der Parteipraxis können wir keine revolutionäre Theorie vermitteln.

- Der letztlich angestrebte Umfang sollte den Jahresschulen entsprechen. Es gibt hinreichend Konzepte und Materialien zur Ausgestaltung, z.B. die Jahresschulen / Betriebsarbeiterschulen / Bezirksschulen der DKP vor 1989, das Konzept „Grundwissen Marxismus“ der Marxistischen Arbeiterbildung von 1976 (Leiter: Robert Steigerwald), die Materialien für das Studium des ML an den Hochschulen der DDR sowie z.B. die Materialien der SDAJ-Sommerschule etc.

Geplant sind zunächst zwei jeweils viertägige Seminare pro Jahr an der KLS.

Schritt 1: Grundlagenschulung

Im Beschluss des 22. Parteitags „Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken“ haben wir zusätzlich zum Grundlagenkurs darauf aufbauende Klassiker-Lesekurse beschlossen. Und zwar werden ein Zirkel zum Manifest, zu „Lohnarbeit und Kapital“, zu Philosophie sowie ein 1-wöchiger Kurs „Politische Ökonomie“ angeboten.

Für die Zukunft planen wir jeweils **einwöchige Kurse** zu den drei Bestandteilen des Marxismus-Leninismus, zur Marxistischen Philosophie, zur Politischen Ökonomie und zum wissenschaftlichen Kommunismus durchzuführen. In 2019 bieten wir als ersten Schritt einen einwöchigen Kurs „Politische Ökonomie“ an.

Schritt 2: Aufbaukurse auf dem Niveau der

Jahreskurse.

In ein oder zwei Jahren sollten wir dann Aufbaukurse wiederum im Umfang von jeweils einer Woche anbieten, die auf das Niveau der Jahresschulen hinführen.
Umfang: 3 Wochenkurse, jeweils eine Woche pro Bestandteil des Marxismus-Leninismus.

Schritt 3: KLS vor Ort

Wir bereiten die Durchführung von Kursen der KLS an anderen Standorten vor.

Dafür brauchen wir:

- Außenstellen (Ansprechpartner) der KLS in Nord-Süd-Ost-West.
- 1. Es müssen einheitliche Materialien und Konzepte erstellt werden. Nur so kann garantiert werden, dass Aufbaukurse mit einheitlichem Niveau und Inhalten angeboten werden können.
- 2. Wir müssen weitere Referenten gewinnen und schulen.

Schritt 4: Fernstudium

Da wir nicht überall in der Fläche mit Parteistrukturen vertreten sind, müssen wir dringend ein Fernstudium anbieten. Anfang der 2000er Jahre gab es ein Angebot der KLS und auch vor 1989 gab es den Jahreskurs als Fernstudium.

Die technische Realisierung wird bereits seit einiger Zeit geprüft und wir sollten im nächsten Schritt einen Prototypen aufbauen. Erforderlich ist die Einrichtung einer Web-Plattform mit einer fertigen, kostenlosen Kursverwaltungssoftware. Ein sofortiger Nutzen wäre die Verteilung der Materialien für die „KLS vor Ort“ über diese Plattform.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe euch gemeinsam mit dem Kollektiv der KL-Schule und der Bildungskommission mit diesem Referat und den Arbeitsvorhaben von Kommission und KLS-Leitung einiges an Aufmerksamkeit abgefordert.

Unsere Ziele und Aufgaben sind ehrgeizig. Sie entspringen aber nicht den Gehirnwindungen eines einzelnen Sekretariatsmitgliedes.

Es sind Aufgaben, die wir uns selbst auf dem Parteitag gestellt haben.

Nur als Kollektiv, das einheitlich und geschlossen handelt, werden wir diese objektiv notwendigen Beschlüsse und Vorhaben umsetzen können.

Wozu wir in der Lage sind, habe ich zu Beginn des Referates ja an einigen Beispielen erläutert. Also: Packen wir es an!
Vorwärts mit der DKP!
Vorwärts im Sinne von Marx, Engels und Lenin!

Vorwärts im Geiste des „Roten Oktober“, der deutschen Novemberrevolution und der Konstituierung der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Vorwärts im Sinne aller Genossinnen und Genossen, die 1968 den Mut zur Neukonstituierung der Kommunistischen Partei in Deutschland bewiesen haben und die in allen Höhen und Tiefen der Entwicklung unserer Partei der alten Losung gefolgt sind:

„Habt Mut zu kämpfen!
Habt Mut zu siegen!“
Glück auf !

1 H.H. Holz: Theorie als materielle Gewalt: Die Klassiker der III. Internationale. Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie Band 2, Berlin 2011, hier besonders die Seiten 147-168.

2 H.-P. Brenner / R Steigerwald: Zu den Auseinandersetzungen in der DKP um den rechten und linken Revisionismus. Essen 2010, S. 106-108

3 J.W. Stalin: Über dialektischen und Historischen Materialismus. In Geschichte der KPdSU: Kurzer Lehrgang, 1946, S, 126-160.

Der Parteivorstand stellt zum Referat von Genossen Hans-Peter Brenner fest:

Die Arbeitsbedingungen der Vorsitzenden und des Sekretariats des Parteivorstands ermöglichen in der Regel keine kollektive Erarbeitung von Referaten. Dies war auch beim Referat der 3. PV-Tagung der Fall. Hier zeigte sich aber auch das Teile des Referats nicht der mehrheitlichen Meinung des Sekretariats bzw. des Parteivorstands entsprachen. Es handelt sich folglich nicht um ein Referat des Parteivorstands.

3. Tagung des Parteivorstandes 18./19. August 2018, Essen

Beschlüsse

Ressortarbeitsplan Marxistische Theorie und Bildung

Die Grundaufgabe aller im Arbeitsplan zusammengefassten Maßnahmen und Aufgaben lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Hilfestellungen geben zur Festigung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Partei sowie zur Entwicklung von Klassenbewusstsein.

Grundlage der Ressortarbeit sind

Zum einen:

die Beschlüsse des 22. Parteitages zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Parteibildung,

die Beschlusslage zur Arbeit der KLS,

Zum anderen:

die realen und seit Jahren bekannten Probleme und Schwächen in der Organisation der Bildungsarbeit auf allen Ebenen,

die politisch-ideologischen Verfasstheit der Partei vor dem Hintergrund der weiterhin anhaltenden personellen und organisatorischen Schwächung Diese drückt sich u. a. auch in deutlichem theoretischen Substanzverlust und Erosionsprozessen in grundlegenden Fragen unserer Theorie und Weltanschauung aus. Sie ist auch Grund für Fraktionierung und Abspaltungen von rechts und ultralinks.

1. Beschlüsse zur Bildungsarbeit aus dem Antrag zur Parteientwicklung des 22. Parteitages

Hauptziele der Bildungsarbeit

„In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken. Entscheidend dafür ist die kollektive Bildungsarbeit in den Grundorganisationen und das Schulen unserer Leitungsmitglieder. Die Grundorganisationen müssen wieder zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Einen weiteren Schwerpunkt legen wir angesichts organisationspolitischer Schwächen auf die Schulung organisationspolitischer Grundlagen. Wichtig sind zudem Angebote für neue Mitglieder und Sympathisanten. Dabei wird versucht die Bildungsmaterialien so zu gestalten, das gewonnene Wissen mit aktuellem Praxisbezug anzuwenden.“

Daraus folgt:

I.1. Bildungsmonate für die Gruppenarbeit

„Zentraler Baustein für unsere Bildungsarbeit sind zwei Bildungsmonate im Jahr, die in allen Gruppen durchgeführt werden. Dazu erscheint je ein Bildungsheft als Beilage in der UZ. Zur Vorbereitung der Bildungsmonate finden regionale Seminare für Bildungsverantwortliche bzw. Gruppenleitungen statt. Die Themen der Bildungsmonate beschließt der Parteivorstand.“

Der Parteivorstand diskutiert und beschließt Konzeptionen zu den jeweiligen Bildungsmonaten, und wertet die Arbeit mit den Bildungsmonaten in den Grundeinheiten aus.

Zur Umsetzung wird beschlossen:

Erstellung einer Bildungszeitung zum Thema „Die Europäische Union eine „Konstruktion des Imperialismus“, die überwunden werden muss.

Entwurf des Materials bis Ende Oktober 2018

Durchführung von 3 Bildungsberatungen (Nord / Mitte, Süd und Ost)
Termine: November – Dezember 2018 -

Fertigstellung der Bildungszeitung
Termin: bis Ende Januar 2019

Durchführung in den Gruppen:
Termine: 1. Halbjahr 2019 (vor der Wahl zum Europaparlament)

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / BIKO

Erstellung einer Bildungszeitung zum Thema „Wandlungen des Kapitalismus-Wandlungen der Arbeiterklasse – Folgen für Bewusstseins- und Organisationsentwicklung“

Termine:
Entwurf des Materials bis Ende März 2019

Durchführung von 3 Bildungsberatungen (Nord / Mitte, Süd und Ost)
Termine: April / Mai 2019

Fertigstellung der Bildungszeitung
Termin: bis Ende Juni 2019

Durchführung in den Gruppen:
Termine: 2. Halbjahr 2019

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / BIKO

Erstellung einer Bildungszeitung zum Thema „Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus heute“

Termine: Entwurf des Materials bis Ende September 2019

Durchführung von 3 Bildungsberatungen (Nord / Mitte, Süd und Ost)
Termine: Oktober / November 2019

Fertigstellung der Bildungszeitung
Termin: bis Ende Dezember 2019

Durchführung in den Gruppen:
Termine: 1. Halbjahr 2020

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / BIKO

Erstellung einer Bildungszeitung zum Thema „Was heißt heute „marxistisch-leninistische Weltanschauung“?“

Termine: Entwurf des Materials bis Ende März 2020

Durchführung von 3 Bildungsberatungen (Nord / Mitte, Süd und Ost)
Termine: April / Mai 2020

Fertigstellung der Bildungszeitung
Termin: bis Mitte Juni 2020

Durchführung in den Gruppen:
Termine: 2. Halbjahr 2020

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / BIKO

Erstellung einer Bildungszeitung zum Thema „Was heißt heute Kampf gegen den Faschismus?“

Termine: Entwurf des Materials bis September 2020

Durchführung von 3 Bildungsberatungen (Nord / Mitte, Süd und Ost)
Termine: Oktober-November 2020

Fertigstellung der Bildungszeitung
Termin: bis Ende Dezember 2020

Durchführung in den Gruppen:
Termine: 1. Halbjahr 2021

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / BIKO

I. 2. Grundlagen kommunistischer Politik

„Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebknecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht. Zusätzlich beginnen wir, die viertägige Grundlagenschulung mit Hilfe der Karl-Liebknecht-Schule auch regional durchzuführen.“

Zur Umsetzung wird beschlossen:

Weiterarbeit an der inhaltlichen Qualifizierung des neugestalteten Kurses „Grundwissen Marxismus-Leninismus“ der KLS und langfristige Absicherung der 2 Kurse pro Jahr.

Termine: 01.-04.11.2018, 30.05.2019- 02.06.2019, 03.10.2019 - 06.10.2019, Frühjahr-Herbst 2010
Verantw. KLS-Leitungsteam

Rechtzeitige Erstellung der Seminarpläne der KLS bis zum Frühherbst (Anfang September), um eine langfristige Anmeldung unter Berücksichtigung der Jahresurlaubsplanungen seitens der Bezirke zu sichern.

Verantw. KLS-Leitungsteam

Bei den Org- und Personalverantwortlichen der Bezirke sind mittelfristig Beschickungspläne für die KLS – Kurse notwendig. Eine erste Orientierung auf die Erstellung solcher Pläne sollte noch in diesem Herbst erfolgen.

Diese sollten auf den Org- und Bildungsberatungen des PV kontrolliert werden.
Zur Unterstützung wird eine Verantwortlichkeit im aufzubauenden KLS-Mitarbeiterteam eingerichtet.
Verantw.: Sekret. Org / Pol / KLS-Team

I. 3. Organisationspolitische Grundlagen

„Zur Unterstützung der Gruppenleitungen wird/wurde der Leitfaden für Gruppenleitungen neu aufgelegt. Zur Vorstellung und Arbeit mit dem Leitfaden und den Problemen der Gruppenleitungen finden eine bzw. mehrere Beratungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- bzw. Landesvorsitzenden und Koordinierungsräten statt. Im Anschluss führen die Bezirks- bzw. Landesvorstände und Koordinierungsräte Beratungen zu dem Thema mit den Gruppenvorständen durch.“

Die Karl-Liebknecht-Schule bietet ein Seminar für Gruppenleitungsmitglieder zu Grundlagen unserer Organisationspolitik und der Arbeit der Gruppenvorstände an.“

Zur Umsetzung wird beschlossen:

Org – Seminare in Herbst 2018 / Frühjahr 2019 / Herbst 2019: Ein erstes Konzept für Herbst/Winter 2018 steht.

Das erste Seminar dient zugleich der Anleitung zur EU-Wahl im Mai 2019, das zweite wird den Schwerpunkt Org- und Partei-Theorie haben.

Rhetorik Seminar in 2018 - Wochenendkurs. Referentin: Martina L.. Bei Erfolg Wiederholung im Frühjahr 2019

Termine: Abstimmung für Orgseminar 1 und Rhetorik erfolgt im Rahmen der Gesamtplanung bis Sept. 2018

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / Sekret. Org - Pers / Leitungsteam KLS

I. 4. Aufbau Seminare und Zirkel an der KLS

„Für Mitglieder und die Arbeit mit Sympathisanten werden Zirkelleitfäden für Einsteiger zum Kommunistischem Manifest und dem Text „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz aufbereitet. Diese sollen von den Grundorganisationen oder den Kreisen durchgeführt werden.“

Zur Umsetzung wird beschlossen:

Für Absolventen der Grundkurse werden in der KLS Aufbau Seminare angeboten:

Im Herbst-Winterprogramm 2018/19 sind vorgesehen:

- Lesekurs "Manifest" - 1 Wochenende. Status: abgesichert (HPB / Mark / Percy)
- Lesekurs "Lohnarbeit und Kapital" - 1 Wochenende. Status: abgesichert (Percy / NN- WAPE-Ökonom aus Nürnberg)
- Kurs "Aufbaukurs Philosophie" - 1 Wochenende. Grundlage: Klassikertext, z.B. Engels. Status: bereits weitgehend abgesichert (Mark / Percy) .
- Kurs "Politische Ökonomie" - 7 Tage, Grundlage: SDAJ Sommerschule. Status: bereits abgesichert (Kurt / Percy)
- Kurs "Kommunisten heute", Referent: Pablo, 1-tägig Status: muss noch terminiert werden .

Termine: Die genaue Terminierung erfolgt bis September 2018 im Rahmen des neuen Gesamtkursplans
Verantwortlich: KLS-Team

2. Beschlusslage zur Arbeit der KLS

Mit der beschlossenen Renovierung des Gebäudes der Kulturvereinigung Leverkusen erhöht sich die Bedeutung der zentralen Parteischule „KLS“ und wächst die Notwendigkeit der Formierung eines kontinuierlich arbeitenden, personell ausreichend besetzten, qualifizierten und verjüngten Leitungsteams für die KLS.

Es wächst gleichzeitig der Bedarf und die Notwendigkeit für eine stabile und dauerhaft verantwortliche Leitung der Liegenschaft.

Für die Planung und Durchführung der umfassenden Umbaumaßnahmen muss eine stabile operative „Bauleitung“ bestehen (Beschluss besteht bereits.)

Damit die KLS tatsächlich ihre zentrale Funktion als Stätte der Vermittlung der marxistisch-leninistischen Ausbildung von Mitgliedern und Sympathisanten und als zentrale Ausbildungsstätte von „Kadern“ erfüllen kann, muss zudem ein System der Nutzung der KLS_ in den Bezirken entwickelt werden. Die Nutzung der KLS als zentraler Parteischule muss in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bezirklichen Bildungsmaßnahmen gesetzt werden. Letztere müssen integriert sein in ein gemeinsames Gesamtpaket der Schulung und Qualifizierung von Leitungsmitgliedern.

Zur Umsetzung wird beschlossen:

Die Erstellung der Seminarpläne der KLS erfolgt jeweils für das Winter-/ Frühjahr-Semester bzw. das Sommer- / Herbst –Semester so rechtzeitig, dass die Urlaubs- und Ferienzeiten berücksichtigt sind.

Termine: jeweils Anfang September und März

Verantw. Sekret. Marxist. Theorie u. Bildung / KLS-Leitungsteam

Es wird ein Nutzungsplan zwischen der Zentrale, den Bezirken und der Biko erstellt, der laufend weiterentwickelt wird und das mindestens einmal im Jahr im Sekretariat und dem PV beraten wird.

Termine: erste Vorlage bis Januar 2019

Verantw. Sekret. Org-Pers / Marxist. Theorie u. Bildung / KLS-Leitungsteam

Zur dauerhaften Nutzung und Pflege der Liegenschaft wird langfristig die Verantwortlichkeit einer Tagungsstättenleitung geschaffen, die für den äußeren und inneren Zustand der Liegenschaft und die Koordination der Raumnutzung durch die verschiedenen Nutzer (KLS als Hauptnutzer, SDAJ, Bezirk Rheinland, Kulturvereinigung, Sonstige) zuständig ist.

Termine: erste Vorlage bis 30.10.19

Verantw. : Sekret. Org-Pers / Bundeskassierer / KLS-Team

(einstimmig angenommen)

Zur Teilnahme der DKP an den EU-Wahlen 2019

Der Parteivorstand

- befürwortet die Kandidatur der DKP mit einer Liste für alle Länder (Bundesländer) bei der EU-Wahl 2019 und schlägt vor, die Kandidatur auf der 4. PV-Tagung am 6./7. Oktober 2018 zu beschließen.
- beruft zur Listenaufstellung eine Bundesmitgliederversammlung für den 4. November nach Kiel ein.
- beauftragt das Sekretariat des Parteivorstands mit der weiteren Vorbereitung der Bundesmitgliederversammlung. Dies beinhaltet auch die Vorbereitung der Wahl der Liste für alle Länder (Bundesländer) z.B. durch die Erarbeitung eines Personalvorschlags.

(einstimmig angenommen)

Diskussionsgrundlage zu Inhalten der Kandidatur bei den EU-Wahlen

1. Die inhaltlichen Hauptfragen unseres Wahlantritts sind:

a. Krieg, Frieden, Militarisierung

Die Gefahr der Eskalation laufender Kriege zu einem Flächenbrand ist genauso real, wie das Entstehen neuer Kriege. Die Hauptkriegsgefahr besteht in der Politik der Umzingelung Russlands und der VR China durch den Imperialismus. Damit und durch die Osterweiterung der NATO ist Europa als Schauplatz von Kriegen real. Die sich aus drei Elementen zusammensetzende Strategie des deutschen Imperialismus verstärkt dies. Die drei Elemente sind:

- NATO-Mitgliedschaft, dort bewusster Junior-Partner des US-Imperialismus (Gemeinsame Strategie gegen Russland und VR China, sowie Erhöhung der Rüstungsausgaben aller NATO-Länder entsprechend des BIP – damit Ausbau der Rolle Deutschlands (nach den USA zweithöchstes BIP in der NATO)

- Militarisierung der EU unter deutscher / deutsch-französischer Führung (Frankreich auch als, nach dem Brexit, einziges EU-Land mit eigener Atomstreitmacht. Hochrüstung der EU, auch über 2-Prozent-Forderung der NATO)
- Militarisierung Deutschlands und Strategieänderung der Bundeswehr. Eigene Stärkung und EU-Militarisierung auch als Optionen im Konkurrenzverhältnis zum US-Imperialismus. Strategieänderung von der „Verteidigung am Hindukusch“ zur Angriffsfähigkeit an der Weichsel.

Unsere Überlegung, dass alle drei Elemente dieser Strategie sich auch in der 2-Prozent-Forderung niederschlagen und wir auch deswegen dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ eine hohe Bedeutung beimessen, war und ist richtig. Unabhängig von den Entscheidungen der Friedensbewegung zum Umgang mit dem Aufruf, müssen wir nach dem Pressefest und damit in Richtung der EU-Wahlen Aktivitäten mit folgenden Stoßrichtungen weiterführen.

- Gegen Hochrüstung – stoppt die 2-Prozent- Forderung der NATO, stoppt die Verdoppelung der Rüstungsausgaben
- Frieden mit Russland – Raus aus der NATO
- Keine weitere Militarisierung der EU

b. Abschottung der EU – Instrumentalisierung von Geflüchteten und Migranten

Weder die EU als Ganzes, noch ein einziges Mitgliedsland der EU betreibt eine Politik gegenüber Geflüchteten und Migranten, die vom Humanismus ausgeht. Selbst die Unterschiedlichkeit im Umgang mit Geflüchteten und Migranten ergibt sich aus unterschiedlichen Interessenlagen, Strategien der herrschenden Klassen ihre politische, ökonomische bzw. ideologische Hegemonie zu stabilisieren bzw. sich in der Konkurrenz untereinander Vorteile zu verschaffen. Geflüchtete und Migranten werden somit zum Spielball, sie werden Opfer einer Abschottungspolitik, wenn die herrschende Klasse dem Proletariat ideologisch weismachen will, sie würde dessen Interesse durch Abschottung vertreten, oder sie werden zur Vergrößerung der Reservearmee und damit zur Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse missbraucht.

Es gibt für uns keinen anderen Weg, als den, den wir mit dem Aktionsprogramm begonnen haben. Wir müssen die Ursachen und Profiteure von Krieg, Flucht und Armut benennen. Wir müssen deutlich machen, dass bei ihnen und in der Rüstung das Geld zu holen ist mit dem Maßnahmen zur Beseitigung der Fluchtursachen, zur Verminderung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten ergriffen werden können.

Zusätzlich müssen wir das Stichwort der Internationalen Solidarität setzen.

c. EU als imperialistisches Konstrukt

Neben den o.g. Punkten ist die EU ein Instrument zur Umverteilung von den schwachen Ökonomien hin zu den führenden Imperialismen (vor allem Deutschland) in der EU. Gleichzeitig dienen EU-Strukturen (wie die EZB) auch der Umverteilung innerhalb der Ökonomien, indem sie z.B. die Mechanismen zur Schuldenfalle der Kommunen schaffen.

Die EU-Verträge dienen der Legitimierung der Schuldenbremsen auf den verschiedenen Ebenen. Die Schuldenbremsen sind ein Instrument zu Förderung der Privatisierung, zum Abbau und zur Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge.

Die EU als Konstrukt ist nicht reformierbar. Im Leitantrag an den 22. Parteitag haben wir beschlossen, dass "der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten der Machtbefugnisse des EU-Ministerrats, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und informeller Gremien wie der Eurogruppe mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen" sei. Das heißt nicht, dass nicht auch im Rahmen der EU Abwehr- und Reformkämpfe geführt werden können.

d. soziale Frage

Die soziale Frage, als Frage der Prekarisierung, der Armut, der Schere zwischen Arm und Reich stellt sich in allen EU-Ländern, auch in Deutschland. In Deutschland äußert sie sich kaum bis gar nicht in Kämpfen. Sie äußert sich in Perspektivangst, in Abstiegspektiven, im Abhängen relevanter Teile der Bevölkerung von wesentlichen (auch existenziellen) Lebensbereichen. Die Kombination aus realer sozialer Bedrohung, fehlendem Kampf und Kampfperspektiven, Verschärfung der Konkurrenzsituation unter den Ausgebeuteten durch Flucht und Migration ist der Nährboden für eine zusätzliche ideologische Spaltung der Ausgebeuteten, für Rassismus.

Die ökonomische Entwicklung ist sehr uneinheitlich. In der Gesamtheit boomt die Ökonomie der Bundesrepublik, während es gleichzeitig in unterschiedlichen Branchen, Konzernen, Regionen Angriffe auf die sozia-

len und ökonomischen Errungenschaften der Beschäftigten (Einzelhandel Kaufhof, Karstadt, Real, Metro), Arbeitsplatzabbau (Thyssen-Krupp), Umstrukturierungen und Skandale (Automobil: VW, Daimler, Opel-PSA) gibt. Die Situation ist labil, die Massen spüren das, allerdings führt das in der Regel eher zu einer stärkeren Anbindung an die Kapitalinteressen (auf Ebene von Konzernen bzw. der gesamten herrschenden Klasse)

e. **Gesundheitswesen**

Die Situation im Gesundheitswesen (auch Altenpflege) hat eine Besonderheit: Die Kampfsituation ist durch die übergreifende Betroffenheit (Beschäftigte und Patienten), durch die große gesellschaftliche Akzeptanz der Forderungen von einer Art, dass sie sowohl eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiterklasse haben kann, als auch sozialpartnerschaftliche Paradigmen im Bewusstsein der Arbeiterklasse zurückdrängen kann.

In einigen Bundesländern (HH, Bln.) laufen als besondere Kampfformen Volksentscheide/Bürgerbegehren. Die EU-Wahlen finden in Phasen statt, in denen sich auch diese Aktionsformen zuspitzen. Dies wird nicht nur in den betroffenen Bundesländern eine Politisierung befördern.

2. **Überlegungen zum Wahlkampf**

- wird die Unterschriftensammlung „Abrüsten statt Aufrüsten“ weitergeführt, wird sie unsere zentrale Aktionsform im Wahlkampf. An spezifischen DKP-Forderungen verbinden wir sie mit den Forderungen:
 - Raus aus der NATO
 - Frieden mit Russland
- Wir überarbeiten das Sofortprogramm in Richtung der o.g. 5 Punkte, diese Überarbeitung ist unser Wahlprogramm
- Wir arbeiten mit folgenden Plakaten (Arbeitstitel):
 - Raus aus der NATO – Frieden mit Russland
 - Die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut enteignen
 - Die EU der Banken und Konzerne überwinden
 - Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben
 - Gesundheit als Ware, wie krank ist das denn
- Wir prüfen die Möglichkeit eines Solidaritätsprojekts

(einstimmig angenommen)

Frauenkommission des DKP-Parteivorstandes

Der Parteivorstand bestätigt Genossin Barbara Kuprat als Leiterin der Frauenkommission des Parteivorstandes.

(einstimmig angenommen)

Neugründung der Bezirksorganisation Südbayern

Der Parteivorstand beschließt die Neugründung der Bezirksorganisation Südbayern und wird alle Genossinnen und Genossen in Südbayern formell zu einer Bezirksmitgliederversammlung am 24.11.2018 einladen.

(einstimmig angenommen)

Begründung:

Die Bezirksorganisation Südbayern der DKP wurde durch den Beschluss der 9. PV-Tagung am 18.06.2017 aufgelöst. Der 22. Parteitag der DKP hat diesen Beschluss bestätigt und in der Begründung das Ziel formuliert, dass neue Bezirksstrukturen aufgebaut werden sollen.

Die DKP-Grundorganisationen in Südbayern haben Gruppenkoordinationstreffen organisiert und sich in diesem Rahmen mehrfach, zuletzt am 21.07.2018, verständigt. Die Genossinnen und Genossen in Südbayern sind der Ansicht, dass inzwischen die politischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine Neugründung der Bezirksorganisation geschaffen werden konnten. Daher schlagen sie eine ordentliche Bezirksmitgliederversammlung für den 24.11.2018, 13 Uhr im KOMM Treff in München vor.

Landesorganisation Brandenburg

Der Parteivorstand erkennt die Ergebnisse der außerordentlichen Landesmitgliederversammlung der DKP Brandenburg, die am 2. Juni 2018 in Strausberg stattgefunden hat, und damit auch die gewählten Gremien - Landessprecherrat, Landesvorstand, Landesschiedskommission und Landesrevisionskommission - an.

Die Mitglieder der Landesorganisation Brandenburg haben auf ihrer Konferenz eine Reihe konkreter Vorhaben beschlossen. Dazu zählen:

- Handlungsorientierung für die bundesweite Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten" .
- Erklärung „Nein zu US-Militärtransporten – Ja zu Frieden mit Russland!“
- allgemeine Handlungsorientierung für die Arbeit des Landesverbandes
- kommunalpolitische Entschließung
- Mobilisierung zum UZ Pressefest
- Wiederherausgabe des „Roten Brandenburger“

Wir fordern alle Mitglieder der Landesorganisation Brandenburg auf, sich an der Umsetzung dieser Beschlüsse aktiv zu beteiligen.

(einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen)

Solidarität mit den Streikenden an den Unikliniken Düsseldorf und Essen

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist solidarisch mit den Streikenden und wünscht den Kolleginnen und Kollegen viel Kraft und Erfolg. Der DKP-Parteivorstand fordert die Mitglieder und Gliederungen der DKP auf, die bundesweite Bewegung für Entlastung an den Krankenhäusern noch stärker zu unterstützen.

Wir wünschen euch Erfolg, weil euer Streik auch ein Streik gegen die unsoziale Politik der Regierungen von Bund und Ländern ist. Es war die Politik der Regierungen, die das ganze Gesundheitswesen dem Zwang der Profitmacherei untergeordnet hat. Es war die Politik der Regierungen, die Ausbildung und Arbeit in den Gesundheitsberufen so unattraktiv gemacht hat, dass jetzt die Bewerber fehlen. Es war die Politik der Regierungen, die dazu geführt hat, dass ihr heute feststellen müsst: Die Unterbesetzung an den Krankenhäusern gefährdet die Versorgung der Patienten und die Gesundheit der Beschäftigten. Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder setzen damit die Forderungen und Vorgaben der Arbeitgeberverbände, der Konzerne und Banken um.

Nun präsentiert sich der Gesundheitsminister Jens Spahn als Lichtgestalt, der endlich die Probleme in den Kliniken angeht. Das zeigt vor allem eins: Die Bewegung für Entlastung ist so stark geworden, die öffentliche Sympathie für eure Forderungen ist so groß, dass die Regierung sie nicht einfach beiseite wischen kann. Aber was Spahn verspricht, reicht nicht einmal, um die dringendsten Probleme zu lösen. Deshalb wird durch euren Streik klarer sichtbar: Diese Regierung vertritt die Interessen der Banken und Konzerne. Freiwillig wird sie nichts für uns tun, nur die Bewegung auf der Straße und der Kampf in den Betrieben kann sie zu Verbesserungen zwingen.

Wir wünschen euch Erfolg, weil euer Streik zeigt: Die Klinikvorstände wollen die Häuser rentabel organisieren. Die Arbeit, die nötig ist, um das Krankenhaus am Laufen zu halten und die Patienten zu versorgen, macht ihr. Die Klinikvorstände behaupten, euer Streik gefährde Patienten. In Wahrheit übernehmt ihr gerade mit eurem Streik Verantwortung für ein Gesundheitswesen, das den Menschen dient und nicht

dem Profit. Was für die Krankenhäuser gilt, gilt für die ganze Gesellschaft: Wir brauchen keine „Arbeitgeber“, die die Wirtschaft für ihre eigennützigen Interessen zurichten. Die arbeitenden Menschen haben die Kraft und das Wissen, die nötig sind, um Krankenhäuser am Laufen zu halten und Patienten zu versorgen, um Unternehmen zu organisieren und die Arbeit zu machen, die die Gesellschaft braucht. Das zeigt ihr, wenn ihr arbeitet, und das zeigt ihr, wenn ihr streikt. Ihr seid selbstbewusst, weil ihr wisst, wofür ihr kämpft und wie stark ihr sein könnt, wenn ihr gemeinsam kämpft. Mit diesem Selbstbewusstsein seid ihr ein Vorbild für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ganzen Land.

Als DKP unterstützen wir euren Kampf. Mit unserer Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) berichten wir wöchentlich darüber. Auf dem UZ-Pressfest vom 7. bis zum 9. September werden wir über die Erfahrungen der Streiks diskutieren, unsere Solidarität zeigen und am liebsten mit euch auf euren Erfolg anstoßen.

Ihr kämpft nicht nur für Euch, sondern für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Ihr kämpft nicht nur für Euch, sondern für alle arbeitenden Menschen.

Ihr kämpft nicht nur für Euch, sondern für alle, die sich keine „Komfortstation“ leisten können.

(einstimmig angenommen)

Bündnis Krankenhaus statt Fabrik

Die DKP unterstützt das bundesweite Bündnis Krankenhaus statt Fabrik und benennt Monika Münch-Steinbuch, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, als Vertreterin der DKP in dem Bündnis.

(einstimmig beschlossen)

Kurzinformation zum Bündnis:

Das Bündnis wurde 2015 gegründet und besteht derzeit aus dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ), ATTAC, der Soltauer Initiative, der Gesellschaft für Psychotraumatologie, Traumatherapie und Gewaltforschung (GPTG), den ver.di-Landesfachbereichen 03 Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, sowie Mitgliedern aus der Partei Die Linke wie Harald Weinberg, Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie der Bundestagsfraktion. Ins Leben gerufen wurde das Bündnis mit einer Tagung im Mai 2015.

Das formulierte Ziel des Bündnisses: Krankenhäuser sollen Einrichtungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge sein, keine Wirtschaftsunternehmen. Krankenhausplanung und -finanzierung sind öffentliche Aufgaben, die politischer Planung und Steuerung bedürfen. Wir brauchen eine Bedarfsplanung der Krankenhausversorgung, in die alle Akteure des Gesundheitswesens einbezogen werden. Dies ist nicht im Rahmen des DRG-Systems zu erreichen.

Das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ wendet sich gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens in Deutschland und daher insbesondere gegen das System der Krankenhausfinanzierung durch DRGs. Es tritt ein für die bedarfsgerechte Finanzierung von Krankenhäusern und ihres Personals. Nicht die Gewinnmargen sollen ausschlaggebend dafür sein, ob und wie wir behandelt werden, sondern allein der medizinische Bedarf.

Solidarität mit Claudio K. heißt den Kampf gegen das Polizeiaufgabengesetz (PAG) fortsetzen

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) erklärt ihre Solidarität mit Claudio K. und ruft dazu auf, den Kampf gegen das Polizeiaufgabengesetz (PAG), nicht nur in Bayern, fortzusetzen.

Zehntausende haben in Bayern gegen das PAG protestiert. In allen Bundesländern zeigt sich Widerstand gegen ähnliche Gesetze. Alle die auf die Straße gehen und gegangen sind, wissen jetzt, sie hatten recht, mit ihren Befürchtungen und ihrem Protest.

Unter fadenscheinigen, unwahren Anschuldigungen wird gegen den Gewerkschafter, Betriebsrat und Kommunisten Claudio K. ermittelt. Während er, was mehrere Zeugen bestätigen, den Lautsprecherwagen des Jugendbündnisses betreut hat, soll er gleichzeitig an anderer Stelle einer Demonstration gegen das PAG, mit einer Fahnenstange auf Polizisten eingeschlagen haben.

Zu dieser Anschuldigung gab es keinen Prozess, kein Urteil. Trotzdem wird er ganz offen geheimdienstlich und polizeilich überwacht, wird versucht ihn über Freunde, Bekannte und Genossinnen und Genossen auszuhorchen, wird ihm der Umgang mit seinem Kind verboten. Man nennt ihn einen linksextremen Gefährder.

Dieser Vorgang ist für sich genommen schon schlimm, er zeigt aber auch eine neue und bisher unbekannt Dimension der Aushöhlung des „Rechtsstaats“. Darin zeigen sich die großen Gefahren des PAG.

Wir rufen alle auf. Seid solidarisch mit Claudio K. – kämpft weiter gegen das PAG. Gegen diesen Abbau demokratischer Rechte hilft nur der massenhafte Protest, der gemeinsame Kampf aller Demokratinnen und Demokraten.

(einstimmig angenommen)

Brief des Parteivorstandes der DKP an Claudio K., Nürnberg

Lieber Genosse Claudio,

die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt die Ermittlungen und Maßnahmen gegen dich durch die bayerischen Polizeibehörden. Dir wird ein tätlicher Angriff auf einen USK-Beamten auf der Demonstration gegen den AfD-Parteitag am 9. Juni in Nürnberg unterstellt. Du sollst mit einer Fahnenstange aus dem „Schwarzen Block“ heraus auf den Polizisten eingeschlagen haben. Zeugen widersprechen dem.

Als reine Schikane sind die seitdem laufenden Überwachungen vom Staatsschutz zu sehen, auch dass dir der Umgang mit deinem Kind vom Jugendamt untersagt wird, weil du eine staatsgefährdende Person sein sollst.

Wie viele andere politisch Weitsichtige hat die DKP vehement vor dem neuen bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG) gewarnt. Nun wird nur wenige Wochen nach seinem Inkrafttreten in Nürnberg das erste Exempel an dir statuiert. Die Nürnberger Polizei und Justiz ist bekannt dafür, dass sie nicht zimperlich mit Menschen umgeht, die ihren Protest auf die Straße tragen. Allerdings ist es erschreckend, wie begeistert man sich nun auf das PAG stützt und dich als Gefährder einstuft. Diese exzessive Auslegung ist Willkür!

Hier geht es um grundsätzliche politische Rechte. Auch an anderen Orten gehen die Organe dieser Republik repressiv gegen Protest und Kritik vor. Wie passend ist es doch auf der anderen Seite, dass sich der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz mit Vertretern der AfD zusammensetzt, um ihnen aufzuzeigen, wie sie der Überwachung entgehen können.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist empört über diese Ereignisse. Das Vorgehen gegen dich werten wir als Versuch auszuloten, was mit dem PAG alles möglich ist. Es geht hier um die Verteidigung demokratischer Rechte. Wir sichern dir unsere volle Unterstützung zu. Dieser richtungsweisende Angriff der Staatsgewalt muss zurückgeschlagen werden!

(einstimmig angenommen)

35. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks (DKP)

Zum 35. Parteitag der KP Dänemarks am 22. und 23. September 2018 in Kopenhagen delegiert der Parteivorstand die Genossin Renate Koppe.

(einstimmig angenommen)

Termine der Parteivorstandstagungen 2019

- 06. PV-Tagung: 26./27. Januar 2019
- 07. PV-Tagung: 23./24. März 2019
- 08. PV-Tagung: 11./12. Mai 2019
- 09. PV-Tagung: 6./7. Juli 2019
- 10. PV-Tagung: 21./22. September 2019
- 11. PV-Tagung: 23./24. November 2019

(einstimmig angenommen)
